

Danziger Zeitung.

Nr. 10794

Die "Danziger Zeitung" erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition Kettwigerstraße No. 4 und bei allen Kaiserlichen Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. — Preis pro Quartal 4,50 M., durch die Post bezogen 5 M. — Interessenten für die Petitionen oder deren Raum 20 M. — Die "Danziger Zeitung" vermittelt Insertionsanträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1878.

Telegramme der Danziger Zeitung.

London, 7. Febr. Die "Morningpost" glaubt, die hier eingetroffene Nachricht von dem Einzug der Russen in Konstantinopel sei via Bombay (?) und Alexandria nach London gekommen und basire auf amtlichen Mittheilungen. Die Morgenblätter sprechen bereits ihre Ansichten über die Nachricht des Einzugs der Russen in Konstantinopel aus. "Daily Telegraph" und "Morningpost" publiciren gehärrtige Artikel, welche die Wiederherstellung der gekränkten Ehre Englands fordern. Die "Times" glaubt, die Besetzung Konstantinopels durch die Russen habe nur denselben Charakter, wie der Einzug der Deutschen in Paris, das Cityblatt warnt vor Aufrugung und sieht das größte Vertrauen in die freundlichen Versicherungen der Thronurde des deutschen Kaisers. Heute findet Cabinettsrath statt; wichtige Erklärungen der Regierung werden heute im Parlament erwartet.

Telegraphische Nachrichten der Danziger Zeitung.

Wien, 6. Febr. Der "Polit. Correspondent" wird aus Petersburg vom heutigen Tage gemeldet, die formelle Zustimmung Russlands zum österreichischen Conferenzvorschlag sei erfolgt. Russland nehme Lausanne als Ort der Conferenzverhandlungen in Aussicht. Auch das "Teleg. Correspond. Bureau" meldet, daß die formelle zustimmende Antwort der russischen Regierung auf den Conferenzvorschlag heute hier eingetroffen sei. — Aus Athen wird der "Polit. Correspondent" von heute telegraphirt: General Soult erhält den Befehl, die Occupation in Thessalien fortzuführen. Die mobile Nationalgarde wird in die active Armee eingereiht. Die türkische Stadt Domolo, welche von den Griechen belagert wird, erhält eine Frist zur Übergabe. — Nach einer Meldung der genannten Correspondenz aus Bukarest von heute hat die Regierung in geheimer Sitzung der Deputirtenkammer die auf die bessarabische Retrocessionsfrage bezüglichen Documente vorgelegt. — Aus Belgrad wird der "Polit. Correspondent" vom heutigen Tage berichtet, die serbische Regierung habe Russland ersucht, einen Vertreter Serbiens mit berathender Stimme zur Conferenz zuzulassen. Protitsch ist in besonderer Mission nach Petersburg abgereist. Minister Ristitsch beabsichtigt, sich nach Wien zu begeben.

Der Budgetausschuss des Abgeordnetenhauses genehmigte den Dispositionsfonds mit 15 gegen 7 Stimmen, nachdem der Ministerpräsident die Notwendigkeit desselben wiederholt vorgelegt hatte. Die Anträge auf Verwerfung und Einstellung nur des vierten Theiles für das erste Quartal wurden abgelehnt.

Paris, 6. Febr. Nach einer Meldung der "Agence Havas" hat sich auf Verlangen des französischen Consuls in Syra die Fregatte "Héroïne" von Smyrna nach Syra begeben, wo dieselbe bereits angekommen ist.

Reichstag.

1. Sitzung vom 6. Februar.

Um 3½ Uhr eröffnet Präsident v. Forckenbeck auf Grund des § 1 der Geschäftsvorordnung die Versammlung, die sofort den Eindruck der Beschränktheit macht im Gegensatz zu der kleinen Gruppe von etwa 45 Mitgliedern, welche im weißen Saale dem Gründungsakt beimessen. Freilich fehlen noch viele süddeutsche, namentlich die bayerischen Abgeordneten und aus den Reichsständen sind nur die Autonomisten anwesend. Nachdem der Präsident die provisorischen Schriftführer berufen und die Namen der seit Schluss der letzten Session neu gewählten Mitglieder hat verlesen lassen, sind die Abg. Zimmermann, Hosenbleyer, Albrecht, v. Buttikämmer, Graf Schönborn, Clauswitz, v. Forcade de Biaix) heißtet er den Eingang folgender Vorlagen mit: bei Rechtsanwaltsvorordnung, der Rechnungen der Kasse der Oberrechnungskammer, des Gesetz-Entwurfs betreffend den Spielfartenstempel, des Gesetz-Entwurfs betreffend eine Aufsicht zu Zwecken der Post, der Telegraphenverwaltung, der Marine, des Reichsheeres und der Durchführung der Minnerei, endlich des Reichshaushaltsgesetzes mit sämtlichen Anlagen.

Der Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von 216 Mitgliedern, schon 199 (von 397) wütden zur Beschlusstüchtigkeit genügen. Die Verlohnung in die Abteilungen wird nach der bentigen, die Constituierung derselben nach der nächsten Sitzung stattfinden, die am Donnerstag zur Wahl der Präsidenten und Schriftführer angelebt wird.

Abgeordnetenhaus.

60. Sitzung des Hauses am 5. Februar.

Die Bänke des Hauses sind sehr mäßig besetzt. Vor dem Eintritt in die Tagesordnung ergreift Abg. Haenel das Wort: Da ich den Minister des Inneren gegenwärtig sehe, so erlaube ich mir, an denselben die Frage zu richten, die ich vor wenigen Stunden nur an den Präsidenten richten konnte. Ich bitte meine Anfrage nicht als einen Act der Opposition oder unberichtigten Rengier zu betrachten, die ganze Geschäftslage drängt sachlich zu dieser Frage und macht es zu einem Recht des Hauses, in kürzester Frist über sein Schicksal Aufschluß zu verlangen. Da morgen der Reichstag zusammentritt, so müssen wir wissen, was wir noch zu erledigen haben und was fallen gelassen werden soll. — Minister Friedenthal: Ich betrachte die Anfrage keineswegs als einen Act der Opposition, sondern begreife vollständig, wie das Haus wünschen muß über seine Lage Auskunft zu erhalten. (Hört!) Ich kann aber nur erwidern, was den Thatsachen entspricht. Das Staatsministerium bat eingehende Beratungen einzugehen, ist aber zu einem definitiven Gutschluss geblieben, weil derselbe von Vorans-

setzungen abhing, deren Feststellung im Gange ist und voransichtlich morgen Vormittag zu Stande kommt. Morgen Vormittag wird das Staatsministerium in weitere Beratungen eintreten. — Abg. Windthorst (Meppen): Es ist für den gewöhnlichen Unterthanenverstand sehr schwer, diese besonderen Schwierigkeiten, die dieses Mal dem Beschlüsse des Staatsministeriums entgegenstehen, zu entwirren. Die Sicherung des Ministers muß mich überzeugen, denn wir haben kein weiteres Mittel, in dieses Dunkel einzudringen. Aber ich würde, daß die Auflösung so beschleunigt werde, daß wir morgen vor der Sitzung etwas Näheres über die Dinge erfahren. Diese Bemerkung mache ich nicht nur im Interesse des Hauses, sondern auch im Interesse der Regierung, denn diesesclair-obscur entspricht weder der Würde des Hauses, noch der der Staatsregierung.

Zweite Beratung des Entwurfs einer Kreisverfassung für den Kreis Herzogtum Lauenburg. — Der Referent Hamacher führt ans, daß die Commission des vorgelegten Entwurfs ablehnt habe und dafür ein Notgesetz vorschlage, nach welchem die bisherigen Organe des Kreises weiter fungieren, und zwar längstens bis zum 1. März 1880. Die Commission habe sich, da eine Zwangslage bestand und nicht möglich war, die 78 Paragraphen umfassende Vorlage der Regierung umzusetzen, an den ersten Schritte, die im Interesse des Kreises läge und nach Lage der Gesetzgebung notwendig sei, entschließen müssen. Der Reg.-Kommissar habe erklärt, daß die Regierung mit dem Notgesetz einverstanden sei, mit Ausnahme des § 4, welcher vorschreibt, daß das Landschaftscollegium aus dem Vorsitzenden, dessen Stellvertreter und drei Mitgliedern besteht, die von der Ritter- und Landshaft gewählt werden sollen. Eine solche Bestimmung sei aber notwendig, weil für den Kreis Lauenburg andere Vorstellungen vorliegen, als für die übrigen Kreise; denn Lauenburg habe in manchen Beziehungen, z. B. betreffs der Vermögensverwaltung, des Baues und der Unterhaltung von Chausseen, die Function einer Provinz zu erfüllen. — Minister Friedenthal: Die Staatsregierung wolle der Commission folgen und unter Auseinandersetzung an den bestehenden Zustand ein Provisorium schaffen, welches den Wünschen der Bevölkerung mehr entspricht, als der gegenwärtige Zustand. Der Minister erklärt sich aber gegen den § 4, der eine unübliche Abweichung vom Bestrebungen und von der Kreisordnung enthält; er stellt ein Rechtsstreitliches Experiment dar, welches die Regierung nicht aufnehmen kann. Man solle an Stelle desselben den Kreisausschuß der östlichen Provinz setzen, der vollständig allen Anforderungen genügt; auch andere Kreise hätten ein bedenkliches Vermögen und große Chausseen, und es sei keinem Menschen einzufallen, daran ein besondres Gewicht zu legen. — Abg. Haenel: Die von der Commission vorgeschlagene Abweichung von der Kreisordnung empfiehlt sich der bevorstehenden Verhältnisse wegen; denn man habe den Provinzbeamten die Bevölkerung nachkommen und der Frage nicht präjudizieren wollen, ob Lauenburg nach Analogie der Provinz oder des Kreises in den Kreisordnungsprovinzen zu organisieren sei. Redner verweist auf das Fürstenthum Hohenzollern, welches nur 5000 Einwohner mehr zähle als Lauenburg, aber dennoch als Provinz organisiert sei. Das Vorgelegte schaffe allein das richtige Provisorium; vertrübe man nach Wunsche des Ministers, so sei eben über die Eigenschaft Lauenburgs als Kreis schon ein Präjudiz geschaffen. — Minister Friedenthal und Abg. v. Brauchitsch empfehlen dringend die Ablehnung des § 4, der eine heftige Abweichung von den Vorstellungen der Kreisordnung enthalte. Das Haus stimmt über die Commissionsvorschläge unverändert an.

Dritte Beratung des Gesetzentwurfs, betreffend die Unterbringung verwahrloster Kinder in Erziehungs- und Besserungsanstalten. — Abg. v. Manniessel bedauert, daß das Gesetz nur auf die Kinder Anwendung finden soll, die mit dem Strafgesetz in Conflict gekommen sind. Jedenfalls hätte aber nach dieser Bestimmung, da das ganze Verfahren nur ein Ausflug der Strafgewalt des Staates sei, der Kostenpunkt anders geregelt werden müssen. Die jetzige Fassung erschwere besonders die Privatarmherzigkeit, daß Unterbringung der Kinder in Familien. Das Gesetz trage den Stempel der Revisionsbedürftigkeit schon an der Stirn. (Beifall rechts). — Minister Friedenthal bietet die Anträge Lasker zu § 1 und Zelle-Lammers zu § 3, die lediglich eine prächtige Fassung der bestehenden §§ vorschlagen, anzunehmen. Von den Anträgen zu § 10 (i. u.) empfiehlt er den Antrag Jungf. principaliter, den Antrag Zelle eventualiter, anzunehmen. Der Antrag Miquel empfiehlt sich, um das Vermögensgericht vor unnötigen Querelen zu schützen. Wenn die Anträge angenommen würden, so könnte er im Namen der Staatsregierung seine Zustimmung zu dem Gesetze geben und seinen Widerpruch gegen die Bestimmungen über die Kosten fallen lassen. (Beifall.)

In der Specialdisputation genehmigt das Haus den Antrag Lasker zu § 1 und den Antrag Zelle-Lammers zu § 3, welche nur redaktionelle Natur sind. — § 10 beschreibt vor, daß das Recht der Zwangserziehung mit dem 16. Lebensjahr bei mit dem Beschluss zur Entlassung aufhört. Für den Fall, daß die Errichtung des Ziels der Zwangserziehung zweckhaft ist, kann eine widerrufliche Entlassung verfügt werden. Über einen Antrag der Eltern entscheidet das Vermögensgericht, gegen welches innerhalb einer Woche Beschwerde eingereicht werden kann. Der Abg. Jungf. beantragt das Recht der Zwangserziehung generell bis zum 18. Lebensjahr anzubinden, während die Abg. Zelle und Lammers dies nur in außergewöhnlichen Fällen zulassen wollen. Außerdem beantragen die Abg. Miquel und Burg, daß ein abgewiesener Antrag auf Entlassung nicht vor Ablauf von 6 Monaten erneut werden darf. Nach einigen Beruerungen der Abgeordneten Zelle, Rötel (Landsberg), Jungf. und des Geh.-Rath Zilling genehmigt das Haus den vom Minister eventualiter acceptierten Antrag Zelle-Lammers und den Zusatzantrag Miquel. Die übrigen Paragraphen werden ohne Debatte genehmigt; ebenso das Gesetz im Ganzen.

Ferner wird folgende von der Commission beantragte Resolution angenommen: „die Staatsregierung aufzufordern, darauf Bedacht zu nehmen, den den Kommunalverbänden nach § 9 zu des Gesetzes bestimmten Zuschuß aus der Staatskasse, nachdem über dessen Höhe die nötigen Erfahrungen gemacht sein

werden, durch eine entsprechende gesetzliche Erhöhung der Dotations der Verbände zu ersehen, sowie eine fernere angemessene Erhöhung der Dotation einzutragen zu lassen zu dem Zwecke, die Verbände bei der ihnen durch dieses Gesetz auferlegten Errichtung neuer Anstalten zu unterstützen und darüber demnächst dem Landtage eine Vorlage zu machen.“

61. Sitzung vom 6. Februar.

Die Beratung über das Ausführungsgegesetz zum deutschen Gerichtsverfassungsgesetz wird fortgesetzt.

Die §§ 43—48, welche gemeinsam zur Discussion gestellt werden, enthalten Bestimmungen darüber, daß das Oberlandesgericht Berlin für das Rechtsmittel des „weiteren Beschwerde“ in den Sachen der Amtsgerichte zuständig sein soll, und Vorschriften über die Einlegung dieses Rechtsmittels. Der Abg. Windthorst (Bielefeld) verlangt die gänzliche Streichung aller dieser Bestimmungen. Abg. Petri beantragt dagegen, diese Zuständigkeit jedem Oberlandesgericht für seinen Bezirk zu erheben. Wenn aber die Rechtsnorm, auf deren Verletzung die Beschwerde sich stützt, in dem Bezirk des Oberlandesgerichtes Berlin Geltung hat, so soll dieses ausschließlich zuständig sein.“

Abg. Windthorst (Bielefeld) befürchtet, daß die übrigen Oberlandesgerichte degradiert werden, wenn man dem Berliner Oberlandesgericht die Entscheidung über alle Beschwerden in nicht-streitigen Rechtsfällen (Vermögens- und Grundbucheuwen etc.) überweise. Besser sei es schon, man überweise diese Sachen dem Reichsgericht, da sonst leicht das Misstrauen wachgerufen werden könnte. Breuken will sich für das verlorene Obertribunal einen Erfolg schaffen. — Geh. Justizrat Schmidt konstatirt zunächst, daß die verlangte dritte Instanz nichts Neues sei, weil bis zum Jahr 1849 der Justizminister in diesen Sachen die oberste Instanz gewesen. Im Interesse der Rechtseinheit sei es aber notwendig, jetzt eine besondere Bevölkerung zu erheben. Betrue man auch das Berliner Oberlandesgericht mit diesen Sachen, so würde es doch dem Reichsgericht subordinirt bleiben.

Abg. Thilo: Alle praktischen Juristen stimmen darin überein, daß betreffs dieser Beschwerdeinstanz der Rechtsmaßnahmen ein Ende gemacht werden müsse, und es sei dabei vollständig gleichgültig, welches Oberlandesgericht mit der Entscheidung dieser Beschwerden betraut werde. Der jetzige Zeitpunkt sei umso mehr zur Regelung der Sache geeignet, als die neue Vermögens- und Grundbuchsordnung vielfach Anlaß zu Streitigkeiten darin überzeugt, weil dasselbe bis jetzt in nichtstreitigen Rechtsfällen incompetent sei. — Abg. Petri ist gegen die geforderte dritte Instanz, weil man die Rechtsprechung nicht trennen dürfe von dem Geltungsbereich der Gesetze, wobei man nicht die Gründlichkeit und Sicherheit der Rechtsentscheidungen gefährden. — Abg. Löwenstein bemerkt, daß zur Execution des Rechtsmittels der „weiteren Beschwerde“ lediglich der praktische Bedarf vorausgesetzt wird.

Abg. Zille: Alle praktischen Juristen stimmen darin überein, daß betreffs dieser Beschwerdeinstanz der Rechtsmaßnahmen ein Ende gemacht werden müsse, und es sei dabei vollständig gleichgültig, welches Oberlandesgericht mit der Entscheidung dieser Beschwerden betraut werde. Der jetzige Zeitpunkt sei umso mehr zur Regelung der Sache geeignet, als die neue Vermögens- und Grundbuchsordnung vielfach Anlaß zu Streitigkeiten darin überzeugt, weil dasselbe bis jetzt in nichtstreitigen Rechtsfällen incompetent sei. — Abg. Petri ist gegen die geforderte dritte Instanz, weil man die Rechtsprechung nicht trennen dürfe von dem Geltungsbereich der Gesetze, wobei man nicht die Gründlichkeit und Sicherheit der Rechtsentscheidungen gefährden. — Abg. Löwenstein bemerkt, daß zur Execution des Rechtsmittels der „weiteren Beschwerde“ lediglich der praktische Bedarf vorausgesetzt wird.

Abg. Windthorst (Meppen) beantragt, die Bezeichnung „weiterer Beschwerde“ lediglich zu streichen, da sie den Begriff „Beschwerde“ entwertet. — Abg. Winterfeld tritt für den Antrag Winterfeld ein, da die Abstimmung über Briege im Abgeordnetenhaus nicht correct gewesen sei. Das Herrenhaus habe auch keine Veranlassung Conveniens gegen das andere Haus zu üben, da es dem Herrenhaus Indolenz und Mangel an Pflichtgefühl vorgeworfen habe. Das Herrenhaus behandelte die Vorlagen objektiv und vergaß seine Zeit nicht mit gehässigen persönlichen Bemerkungen, wie das im anderen Hause häufig geschah. — Der Präsident bedankt den Redner, daß es in diesem Hause nicht Bruch sei, die Verhandlungen des anderen Hauses einer Kritik zu unterziehen. — Abg. Mirbach entgegnet, daß er nur eine unberechtigte Kritik des anderen Hauses habe. — Der Antrag Winterfeld wird abgelehnt, der Antrag Brüning statt Winterfeld zu setzen. Mirbach tritt für den ausdrücklichen Wunsch Leonhardi's zurückgezogen und darauf nach dem Antrag v. Seiffert's die Vorlage in der Fassung des Abgeordnetenhauses an.

Der Gesetzentwurf betr. die Maßregeln gegen die Verbreitung der Reblaus wird auf Antrag der Agrarcommission in der vom Abgeordnetenhaus beschlossenen Fassung genehmigt. Dazu wird eine Resolution angenommen, welche die Staatsregierung auffordert: „Die Einrichtung einer Zwangsversicherung auf Gegenseitigkeit unter den Besitzern von Rebstocken“ (Artikel 1) in Folge Vernichtung der durch die Reblaus ergriffenen fruchten Reben in Erwägung zu nehmen und beobachtenden Fällen die gesetzliche Regelung vorzubereiten.“

Nächste Sitzung: Donnerstag. Oberstaatsanwalt beilegen. Dagegen schlägt die Commission sub 2 den Titel Oberstaatsanwalt, sub 2 Erster Staatsanwalt und für die übrigen Staatsanwälte den Titel Staatsanwalt vor. — Der Antrag Meyer wird abgelehnt und die Paragraphen werden in der Commissionssitzung angenommen.

Der von der Commission eingeschobene § 53a wird unverändert genehmigt.

Minister Leopold: Das Staatsministerium hat Sitzung gehalten und beschlossen mit den Mitgliedern des Herrenhauses, speziell der Justizcommission in Conferenz zu treten. Diese Conferenz haben heute Morgen stattgefunden und aus denselben haben wir nun die Überzeugung gewonnen, daß das Herrenhaus Alles thun wird, um zu erreichen, was den Wünschen der Regierung und des Hauses entspricht. Bei dieser Sachlage wird die Regierung zur Zeit einen Schluss der Sitzung nicht eintreten lassen in der Hoffnung, daß es möglich sein werde, die Verabschiedung des zur Beratung stehenden Gesetzes einzutreten zu lassen.

Nächste Sitzung: Donnerstag. (Auf der Tagesordnung steht außerdem die Kreisverfassung für Lauenburg.)

Herrenhaus.

16. Sitzung vom 6. Februar.

Bericht der Justiz-Commission über den Gesetzentwurf, betreffend die Errichtung der Landgerichte und Oberlandesgerichte. — Berichtsteller Beyerl beantragt, dem vorgenannten Gesetzentwurf in der von dem Hause der Abgeordneten beschlossenen Fassung die Zustimmung zu ertheilen. Für diesen Antrag macht der Referent geltend, daß die Staatsregierung der Fassung des Abgeordnetenhauses zustimme, daß das andere Haus in vielen Fragen in entgegengesetzter Weise den Wünschen des Herrenhauses Rechnung getragen und durch die von ihm beschlossenen Änderungen kein Prinzip verletzt habe. — v. Winterfeld beantragt im § 2 Briege zu streichen. Briege würde ein Anhänger des Präsidenten sein, da sie dort nicht genügend befähigt werden können. — v. Mirbach tritt für den Antrag Winterfeld ein, da die Abstimmung über Briege im Abgeordnetenhaus nicht correct gewesen sei. Das Herrenhaus habe auch keine Veranlassung Conveniens gegen das andere Haus zu üben, da es dem Herrenhaus Indolenz und Mangel an Pflichtgefühl vorgeworfen habe. Das Herrenhaus behandelte die Vorlagen objektiv und vergaß seine Zeit nicht mit gehässigen persönlichen Bemerkungen, wie das im anderen Hause häufig geschah. — Der Präsident bedankt den Redner, daß es in diesem Hause nicht Bruch sei, die Verhandlungen des anderen Hauses einer Kritik zu unterziehen. — v. Mirbach entgegnet, daß er nur eine unberechtigte Kritik des anderen Hauses habe. — Der Antrag Winterfeld wird abgelehnt, der Antrag Brüning statt Winterfeld zu setzen. Mirbach wird auf den ausdrücklichen Wunsch Leonhardi's zurückgezogen und darauf nach dem Antrag v. Seiffert's die Vorlage in der Fassung des Abgeordnetenhauses angenommen.

Der Gesetzentwurf betr. die Maßregeln gegen die Verbreitung der Reblaus wird auf Antrag der Agrarcommission in der vom Abgeordnetenhaus beschlossenen Fassung genehmigt. Dazu wird eine Resolution angenommen, welche die Staatsregierung auffordert: „Die Einrichtung einer Zwangsversicherung auf Gegenseitigkeit unter den Besitzern von Rebstocken“ (Artikel 1) in Folge Vernichtung der durch die Reblaus ergriffenen fruchten Reben in Erwägung zu nehmen und beobachtenden Fällen die gesetzliche Regelung vorzubereiten.“ Nächste Sitzung: Donnerstag.

Danzig, 7. Februar.

Drei Punkte sind es, die der Thronrede, mit welcher der Reichstag gestern eröffnet wurde, ihre Bedeutung geben. Angefangen mit der Bestimmung dieser Art von Staatsbürgern, das Programm für die nächste Epoche der Gesetzgebung und der demgemäß einzuhaltenden Politik zu entwickeln, durfte man vor Allem gespannt darauf sein, welche Aussicht für die Lösung jener inneren Schwierigkeiten eröffnet werden würde, die in ihrer Gesamtheit als „Kanzlerkrise“ bezeichnet zu werden pflegen. Der dem Bundesrat vorgelegte Gesetzentwurf, welcher die volle Stellvertretung des Reichstagslers ermöglichen soll, ist seit fast zwei Wochen bekannt. Aber gerade weil das dem Bundesrat vorgelegte Gesetz noch dunkel ist, gewann die Frage, ob und wie er in der Thronrede angekündigt werde, doppelte Wichtigkeit. Die Thronrede bezeichnet ihn als eine „Ausfüllung einer Lücke in dem Wortlaut der Verfassung.“ Harmloser in der That kann ein Gesetzesvorschlag nicht eingeführt werden, von welchem alle Welt theils hofft, theils fürchtet, daß er den Ausgangspunkt einer ganz neuen Gestaltung der Centralverwaltung des Reichs bilden werde. Und doch trifft jene Bezeichnung den Nagel auf den Kopf. Was die Stärke der Stellvertretungsvorlage ausmacht, ist ihre Selbstverständlichkeit. Die Lücke in der Verfassung ist, wie die Reichstags-Verhandlungen des vorherigen Jahres über den Urlaub des Kanzlers dargethan haben, unbestreitbar vorhanden; ihre Ausfüllung ist eine unabsehbare Notwendigkeit, und der in dem Gesetzentwurf vorgelegte Weg dazu der nächstliegende und einfachste. Nach all dem Weh und Ach, womit die Kanzlerkrise in den parlamentarischen Reden wie in der Presse begleitet worden ist, nimmt sich dieser Ausgang fre

wird die Hoffnung ausgesprochen, daß es bis Ende Juni gelingen werde, mit Österreich-Ungarn eine Vereinigung zu Stande zu bringen, welche den beiderseitigen handelspolitischen Interessen und dem zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn bestehenden freundlichkeitslichen Verhältnis entspricht. Dieser Hoffnung darf, wenn nicht Alles täuscht, die Bedeutung eines handelspolitischen Programms beigelegt werden. Sie besagt zum mindesten, daß man sich innerhalb der Reichsregierung, allen Agitationen zum Trotz, nicht zum prinzipiellen Bruch mit dem System der Handelsverträge entschlossen und zu dem Dogma von dem allein scheinenden „autonomen Tarif“ bekehrt hat. Im Übrigen ist mit lebhafter Genugthuung die angekündigte Denkschrift über den Gang der Verhandlungen mit Österreich zu begrüßen. Auf Grund derselben wird sich endlich ein zuverlässiges Urtheil über die aus Anlaß des Scheiterns dieser Verhandlungen gegen die deutsche Regierung erhobenen Beschuldigungen bilden lassen.

Vielleicht der erfreulichste Theil der Thronrede endlich ist die von den orientalischen Wirren handelnde Stelle. Sie bestätigt, daß es wesentlich Deutschland's Verdienst gewesen, wenn der Krieg zwischen Rußland und der Türkei nicht zu einem Kriege zwischen den europäischen Mächten geworden ist. Die Thronrede enthält sich freilich gesellschaftlich jeder Andeutung über die zu erwartende weitere Entwicklung der orientalischen Frage. Die Friedenszuversicht jedoch, welche sie äußert, kann in diesem Augenblick höchster Spannung einer beruhigenden Wirkung nicht verfehlen. Die grundsätzlichen Widersacher des Reichs werden keine leichte Arbeit haben, wenn sie ihren Plan, Deutschland als die eigenliche Triebfeder der kriegerischen Verwicklungen hinzustellen, ausführen wollen.

Weil der Reichstag gestern in seiner ersten Sitzung erfreulicherweise bereits beschlußfähig war, konnte schon auf heutige die Präsidentenwahl angesetzt werden. Die einzelnen Fraktionen traten noch gestern Abend zu Berathungen darüber zusammen. Voraussichtlich werden die bisherigen Inhaber der Präsidentenposten ohne Schwierigkeit wieder gewählt werden. Reichliches Arbeitsmaterial, darunter der ganze Stat, liegt dem Hause bereits vor.

Was die Thronrede sonst an legislatorischen Aufgaben in Aussicht stellt, war bereits bekannt. Die Stimmung, in welcher der Reichstag in die Session eintritt, ist keine gehobene, noch weit weniger aber eine verzweifelte. Der gegenwärtige Augenblick — das fühlen Alle — ist von verhängnisvoller Bedeutung; aber bei allseitig gutem Willen der wahren Freunde des Vaterlandes kann die nächste Zeit zum verheizungsvollsten Wendepunkte für die ganze fernere Entwicklung des Reiches werden.

Gestern ist auch endlich die Frage des Sessionsschlusses des Landtages entschieden und dem Wunsche der großen Majorität des Abgeordnetenhauses entsprechend ausgefallen. Die Session wird nicht geschlossen, sondern das Ausführungsgebot zum Gerichtsverfassungsgesetz erst in beiden Häusern des Landtages erledigt. Der vorgestrige Ministerrath im Abgeordnetenhaus hatte — wie man uns mittheilt — zu dem Beschuß geführt, sich vor allem zu versichern, in wie weit im Herrenhause Bereitwilligkeit vorhanden sei, die Berathungen der Justizcommission rasch zu fördern, denn hier lag der Hauptzweck, der den Justizminister veranlaßte, auf das Zustandekommen des Ausführungsgebotes in dieser Session verzichten zu wollen. Gestern Vormittags 10 Uhr fand dann in einem Commissionszimmer des Herrenhauses eine 1½ Stunden währende Conferenz zwischen den Ministern Dr. Friedenthal und Dr. Leonhardt, den 3 Präsidenten, dem Gesamtvorstand und den Fraktionsvorständen des Herrenhauses statt, in welcher nach sehr lebhaften Debatten beschlossen wurde, daß die Landtagssession so lange fortdueren sollte, bis das Gesetz zur Ausführung der Gerichtsorganisation seinen Abschluß gefunden haben würde. Man meldet uns, daß das Zustandekommen dieses Beschlusses dem Herrn v. Bernuth wesentlich zu danken ist, welcher als Vorsitzender der Justizcommission trotz seines Reichstagsmandats die Durchberatung des gedachten Gesetzes für eine patriotische Pflicht erklärt. Vor Mittheilung des Beschlusses an das Abgeordnetenhaus bedurfte es aber der Zustimmung des Kaisers, welche noch im Laufe des Vormittags eingeholt wurde, worauf dann die betreffende Mittheilung dem Abgeordnetenhaus zuging. Die zweite Berathung des Ausführungsgebotes gebieh hier gestern bis S. 56. Es ist also der größere Theil erledigt, und man giebt nicht die Hoffnung auf, bis Ende dieser Woche die Vorlage auch durch die dritte Lesung zu bringen.

Österreich und Rußland scheinen in diesem Augenblicke von tiefem Misstrauen erfüllt, und die Berliner Vermittelung wird wieder sehr thätig sein müssen. In Wien sieht man mit Argwohn darauf, daß die Nachschübe, die Concentrirungen ja die Neuformirungen der russischen Armee noch nicht einen Tag unterbrochen worden sind, ja daß sie eisiger fortgesetzt werden als früher. Rußland sichert seine Stellung an Donau und Balkan gegen einen etwaigen Angriff von Norden, und es ist bestrebt, für seine Armee eine Rückzugslinie zu Schiff über das Schwarze Meer nach Odessa zu sichern, falls man versuchen sollte, ihr von Siebenbürgen aus den Rückzug über den Pruth zu verlegen. Von Petersburg aus verhorreßt man Wien als Ort der Conferenz, man will diese nach dem stillen Lausanne verlegen, und Österreich scheint sich darin fügen zu wollen. Die offiziöse „Agence Russie“ sagt: „Wenn die Mächte ernsthaft beabsichtigen, ein dauerhaftes Werk herzustellen, so werden sie eine Stadt in einem Staate zweiten Ranges wählen, welche fern vom Lärm und dem Einfluß der großen Hauptstädte ist.“

Die Conferenz aber wird sich in diesem Falle zusammensezten aus den Ministern der auswärtigen Angelegenheiten, welche allein eine zu der Größe der Frage und der Wichtigkeit der vorliegenden Interessen in richtigem Verhältnis stehende Autorität besitzen. Wenn indessen andere Entscheidungen vorwalten, so wird das beweisen, daß die Conferenz in Wirklichkeit ein Kampfplatz für Rivalitäten und Eifersüchtete sein soll. Nichtsdestoweniger wird sich Rußland auch dann so zeigen, wie es sich in seinen diplomatischen Acten und in

seinem militärischen Auftreten gezeigt hat: in dem vollen Bewußtsein des ihm obliegenden großen Werkes und der ihm nothwendigen europäischen Sanction, gleichzeitig aber auch in dem Bewußtsein der Kostenbarkeit des Blutes, welches es für die beiden durchaus unabwischlichen Ziele — für die Befreiung der Christen und für die Consolidirung eines langen Friedens — vergossen hat.“

In London soll in künftiger Nacht endlich die Entscheidung über die Creditforderung fallen. Man rechnet darauf, daß dieselbe mit einer Mehrheit von wenigstens 100, wahrscheinlich aber 120—130, vielleicht gar 150 Stimmen angenommen werden wird. Denn außer den Conservativen werden auch einzelne Liberale dafür stimmen, andere sich der Abstimmung enthalten, und das Letztere werden in der Mehrzahl auch die Home-ruler thun.

Zu rechter Zeit für Israel kommt jetzt die Nachricht, daß die Russen in Konstantinopel eingezogen sein sollen, ja sie kommt für ihn so zur geeigneten Stunde, daß es fast scheinen könnte, als ob die Nachricht von der englischen Regierung eigens zu dem Zwecke der Einwirkung auf die Abstimmung erfunden wäre. Doch wird sie wohl richtig sein. In der ganzen russischen Armee findet sich heißes Verlangen, diesmal nicht zurückzufahren, ohne die Kuppel der Hagia Sophia gesehen zu haben, und die russischen Politiker halten es für nötig, daß die Ulemas und Sofias von Stambul die Kofoten sehen, sonst würden sie bald vergessen, daß wirklich der Moskow die Söhne Allah's besiegt hat, sonst wäre eine wirkliche Gleichberechtigung der Christen nicht zu erzielen. Angstlich hat man es vermieden, etwas Genaueres über die militärischen Bedingungen des Waffenstillstandes an die Deffensitheit gelangen zu lassen. Großfürst Nikolaus hat den türkischen Unterhändlern als erste Bedingung mitgetheilt, kein Gesandter dürfe ein Wort von den Bedingungen erfahren, bis dieselben definitiv zwischen beiden Regierungen vereinbart worden wären. Während der Berathung des türkischen Ministerrathes wurden die Minister militärisch überwacht. Sämtliche Gesandte schickten ihre Dragomans zur Pforte, um etwas über die Bedingungen zu erfahren; alle mußten aber mit langer Nasen abziehen. Man wußte, daß diese Geheimhaltung vornehmlich gegen England gerichtet sei, und selbst die Türken freuten sich höchstlich, daß sie den „Englisch“ — dieser Name ist jetzt ein Schimpfname, wie bisher der „Moskow“, welcher nun in Stambul populär zu werden beginnt — einen Streich spielen könnten. Die offiziöse Stambuler „Turquie“ ergeht sich in einem Artikel über die Wandlungen der englischen Politik in weiteren Anklagen gegen das englische Cabinet, das Alles gethan, um die Türkei in diesen verhängnisvollen Krieg zu stürzen und sie zu ermächtigen, ihn bis auf's Neuerste fortzusetzen.

„Die ottomanischen Staatsmänner“, setzt das Blatt hinzu, „wissen von nun an, woran sie mit England sind, und sie werden mit Russland direct Frieden schließen. Die Türkei ist mit Ehren unterlegen. Sie ist durch die Überzahl besiegt worden. Nicht das Gleiche wird mit England der Fall sein, das, nachdem es durch den deutsch-französischen Krieg sein ganzes Prestige in Europa verloren, nun auch, zum großen Nachtheil für seine weithüllsten und ernstesten Interessen, im Orient seinen Einfluß zu nehmen und endlich ganz dahinschwinden sehen wird.“ Und dieser offenbar von der Pforte inspirierte Artikel ist am Tage nach dem Enttreffen der russischen Friedensvorschläge erschienen. — Der Wiener „Press“ schreibt man aus Peru: „Layard fühlte auf eine bittere Weise die Demuthigung, welche England zu Theil gegeben ist. Die politische Atmosphäre ist im ganzen Orient eine andere geworden; jeder asiatische Staat, jeder einzelne Stamm im Orient, jeder einzelne Bewohner des Ostens atmet mit der Lust den Gedanken ein, daß das Prestige Englands einen Schlag erhalten habe. In allen Kreisen herrscht die Überzeugung, daß der Einfluß Englands in der Türkei gebrochen und im Oriente geschwächt sei.“

Deutschland.

Berlin, 6. Februar. Die Größnung des Reichstages hat selten oder nie zuvor unter einer gleich geringen Beteiligung der Mitglieder stattgefunden, wie heute Nachmittag im Weißen Saale des Königl. Schlosses. Kaum mehr als 45 Herren, darunter nur ein einziger, der Abg. Generalleutnant von Büderitz, in Uniform, hatten sich eingefunden. Die Hoflage blieb leer und in der Diplomatenlage erschien nur der österreichische Botschaftsrath Graf Wolfenstein, der türkische Botschafter und sein erster Rath, der — chinesische Gesandte mit einem Begleiter, beide Herren in ihrer Landestracht, in dunkeln Gewändern und mit bedektem Haupte. Der Größnungsaat selbst verließ ziemlich formlos. Gleich nach 2 Uhr traten die Bundesratsmitglieder in den Saal und stellten sich links von dem verhüllten Kaiserthron auf. Die Thronrede wurde am Schlus mit Beifall begleitet. Der Minister Camphausen erklärte im Auftrage des Kaisers und im Namen der verbliebenen Regierungen den Reichstag für eröffnet; darauf brachte der Präsident des Leiters dem Kaiser ein dreisaches Lebwoch und damit schloß der Größnungsaat. — Die Beschußfähigkeit des Reichstages in der ersten Sitzung und die Einbringung des gesamten Staats beim Beginn der Arbeiten sind so seltene Erscheinungen, daß der Beifall, womit sie aufgenommen wurden, nur erklärlich erschien. Es ist ein viel versprechender Anfang. — In den zustehenden Ausschüssen des Bundesrates ist in einer gefrigten Abendstund der Entwurf über die Beschäftigung der Fabrikarbeiter resp. das Lehrlingswesen zu Ende geführt worden. Man hat die Vorlage im Wesentlichen unverändert angenommen. Ein Antrag Sachsen, der Vorlage einen Zusatz hinsichtlich der Beschränkung des Schankgewerbes zu geben, wurde auf die Erklärung seitens des Reichskanzleramtes abgelehnt, daß man beabsichtige, darüber eine besondere Vorlage einzubringen. Es fehlte ferner nicht an Stimmen, welche eine umfassendere Revision der Gewerbeordnung als wünschenswert bezeichneten. Morgen wird die Berathung über die Bildung von Gewerbe-gerichten beginnen.

* Der „B.-C.“ schreibt: Gestern ist der frühere Staatsminister und Chef-Präsident des

Obertribunals Herr v. Uhden zur Erde bestattet worden. Außerordentliche Ehren hat man dem Verstorbenen erwiesen. Gehörten doch der Kaiser, die Kaiserin und der Kronprinz zu den Leidtragenden, die sich um den Sarg versammelt hatten. Bei einem Todten muß man die Wahrheit nachsagen, — die in diesem Falle allerdings etwas anders lauten würde, als die offizielle Lobsprache. Der verstorbene Staatsminister a. D., der Chef-Präsident des preußischen Obertribunals hat zu jenen Männern gehört, gegen die sich der Unwillen des Volkes, gegen die sich die Abneigung der charakterfesten Juristen mit aller Energie emporgebäumt hat. Wir wollen an dieser Stelle nicht von seiner justizministeriellen Tätigkeit vor dem Jahre achtundvierzig sprechen, aber wir müssen doch von Maßregeln sprechen, die seiner Zeit die Entrüstung im ganzen Vaterlande wachgerufen haben und deren Urheber Herr v. Uhden gewesen ist.

Jener Obertribunalsbeschuß vom Jahre 1865, der die Verfassung künstlich interpretierte und dies konnte, wie man weiß, nur dadurch geschehen, daß der Justizminister Graf Lippe zu diesem Zweck neue Hilfsrichter in das alte Collegium berief — ist unter v. Uhden's Vorsitz zu Stande gekommen. Man entsinnt sich, daß es sich darum handelte, den Abgeordneten die Redefreiheit, die ihnen, so lange sie sich auf der Tribüne des Parlamentes befanden, die Verfassung garantirte, zu nehmen und sie für Neuerungen, die sie als Vertreter des Volkes gethan, mit Gefängnis bestrafen zu wollen. v. Uhden war es ferner, unter dessen Regide früherer Zeit gegen Temme wegen dessen unabhängiger und demokratischer Gesinnungen auf disziplinarischem Wege vorgegangen wurde und auf v. Uhden's Veranlassung wurde der Volksmann in dasselbe Zuchthaus gesperrt, dem er einst als Gerichtsdirektor vorgestanden hatte. v. Uhden war es, unter dessen Vorsitz später die politisch-tendenziöse Untersuchung gegen den Vice-Präsidenten des Appellationsgerichtes in Nativibor, v. Kirchmann, sich vollzog. v. Uhden ist es ferner gewesen, der seinen Namen an die Spize der Unterzeichner jener Adresse setzte, durch welche die Mitglieder des Obertribunals den unerschrockenen Waldeck nach der Auflösung der preußischen Nationalversammlung aufforderten, aus dem Obertribunal auszusteigen. Waldeck hat dies, wie man weiß, nicht. Er schrieb damals jenen berühmt gewordene, lichtvollen und charakterfesten Brief als Antwort an die Herren vom Obertribunal. Er blieb im Amte, selbst nachdem es den Gegnern der Kreuzzeitungs-Partei, zu welcher v. Uhden gehörte, gelungen war, jenen Hochverratsprozeß gegen ihn zu insceniren, der mit der Niederlage der Denuncianten endete und nach dessen Beendigung das Volk von Berlin dem Volksmann, der eben von der Anklagebank des Schwurgerichts kam, die Pferde vom Wagen spannte, um ihn im Triumph durch die Straßen der Hauptstadt zu führen. — hr. v. Uhden ist tot, mit ihm ist einer der Zeugen trüber Seiten in's Schattenreich hinabgestiegen, — es ist ein strenges Todengericht, das von Rechts wegen über ihn gehalten werden muß. Mögens sich's die Lebenden zur Warnung dienen lassen!“

Posen, 6. Februar. Gestern kamen vor dem biesigen Appellationsgericht 6 Anklagesachen gegen 19 Personen aus der katholischen Parochie Kosten wegen Übertretung der Lokal-Polizei-Verordnung vom 23. Juni 1877, nach welcher ein Jeder, der auf dem katholischen Gemeinde-Kirchhof zu Kosten Beerdigungen vornehmen will, zuvor dem Profe Anzeige zu machen und sich die Stelle zur Beerdigung anweisen zu lassen hat, zur Verhandlung. In erster Instanz waren die Angeklagten freigesprochen worden, da der Gerichtshof die obige Polizeiverordnung nicht für rechtswirksam erachtet hatte. Der Criminalsenat des Appellationsgerichts jedoch nahm die Rechtsgültigkeit der Polizeiverordnung als unzweifelhaft an und verurteilte jeden der Angeklagten wegen Übertretung dieser Verordnung zu 30 Ml. Geldstrafe. (P. 8)

München, 3. Februar. Die Suspendirung eines protestantischen Geistlichen, Pfarrer Illing von Bach, erregt mit Recht in den protestantischen Kreisen Aufsehen. Illing, der wegen seiner Angehörigkeit zum Protestant-Bvereine schon manche Maßregelung seitens des Consistoriums erdulden mußte, gebrauchte als Tauf-Formular die Worte: „Ich tauße dich im Namen Gottes, des allmächtigen Vaters, Jesu des Sohnes und Gottes des heiligen Geistes“. Nachdem ihm vor Kurzem die Vornahme der Taufe verboten wurde, gab er die Erklärung ab, daß er unter solchen Verhältnissen auch den Confridant-Unterricht niedergelege. Hierauf erfolgte die Suspendirung. Wir bemerken noch, daß Illing sich in seiner Gemeinde einer großen Beliebtheit erfreut, ja selbst von orthodoxer Seite wird zugestanden, daß durch Illing der kirchliche Sinn in seiner jetzigen Gemeinde ungemein gehoben wurde.

Bern, 5. Februar. Der Nationalrat hat den Commissionsantrag auf „Ordnung der diplomatischen Vertretung im Auslande auf dem Wege der Gesetzgebung“ mit großer Mehrheit verworfen.

Paris, 5. Februar. Heute wurde Minister-rath im Elysée gehalten. Der Minister des Auswärtigen, Waddington, theilte den Text der Friedenspräliminarien mit; darauf erstattete der Conseil-präsident Dufaure Bericht über seine Unterhandlungen mit den Linken der Deputirtenkammer, um zu bemerken, daß am Donnerstag und spätestens am Montag die Kammer zur Wiederaufnahme der Budgetverhandlungen schreite. Im Ministerrathe wurde sodann beschlossen, das Amt des Gouverneurs von Paris aufzuheben; der bisherige Inhaber dieses Postens, General Ladmirault, soll durch einen einfachen Befehlshaber der Pariser Garnison ersetzt werden. — Die Mehrzahl der heutigen liberalen Pariser Blätter äußert Besorgniß vor einem neuen 16. Mai, die „République française“ dagegen glaubt nicht an eine solche Gefahr, da sie der Ansicht ist, daß der Senat sich nicht zum zweiten Male durch den Herzog von Broglie zum beständigeren und verurtheilten Revision der Gewerbeordnung als wünschenswert bezeichneten. Morgen wird die Berathung über die Bildung von Gewerbe-gerichten beginnen.

* Der „B.-C.“ schreibt: Gestern ist der frühere Staatsminister und Chef-Präsident des

wird am Donnerstag im Senat die Dringlichkeit für das Preßkamnissieges verlangen; beschließt der Senat die Dringlichkeit dieses Gesetzes, so wird die Deputirtenkammer am Montag die Budgetberatung wieder aufnehmen. Man glaubt jetzt, der Senat werde die Dringlichkeit beschließen.

Spanien.

Madrid, 6. Februar. Der König hat der Kronprinzessin des deutschen Reichs und der Prinzessin Friedrich Karl von Preußen das Großkreuz des Marie-Luisen-Ordens verliehen.

Italien.

Der deutsche Gesandte Baron Kudell hat den deutschen Künstlern in Rom den großen Saal seines Botschaftshotels, des Palastes Caffarelli, für eine Kunstausstellung, die vom 25. März bis zum 15. August dauern wird, zur Verfügung gestellt.

England.

London, 5. Februar. Graf Derby hat heute Nachmittag eine Deputation von Kaufleuten aus Glasgow empfangen, welche ihn ersucht, seinen Einfluß bei den türkischen Behörden geltend zu machen um einen Bombardement der griechischen Küstenstädt vorzubeugen. Graf Derby versprach, daß er sein Möglichstes thun werde. — Im Oberhaus erklärte Graf Derby auf eine Anfrage Lord Airlie's, die einzelnen Depeschen hinsichtlich der Frage wegen einer eventuellen Besetzung von Konstantinopel seien ihrem Inhalte nach nicht verschieden. Die Thatache, daß die Mittheilung von der Geneigtheit Russlands zu unterhandeln erst nach 6 Tagen an die Pforte gelangt sei, sei der nothwendigen Erwägung, sowie dem Umstände zuzuschreiben, daß das russische Weihnachtsfest dazwischen fiel. Als dann die Mittheilung eingetroffen sei, seien die russischen Beauftragten noch ohne Instructionen gewesen. Er habe ziemlich große Zuversicht, daß England auf der Conferenz nicht isolirt sein werde. Graf Derby wies weiter die Idee zurück, daß die Erlangung sehr günstiger Bedingungen für den Unterthanen involviere. Die Ernährung der Kriegsentschädigung oder die Milbung der Gewerbsabstretung würde für die Unterthanen selbst vortheilhaft sein als für die Regierung. — Der Lord Colchester erwiderte Graf Derby, er habe keine Nachricht von dem Votum der Kreisler Verammlung betreffend den Anschluß Kretas an Griechenland; er glaube übrigens auch nicht, daß ein derartiger Beschuß gefaßt worden sei, es sei denn seitens eines revolutionären Ausschusses. Auf der Insel herrsche allerdings eine bedeutende Aufregung, aber es seien noch keine Gewaltshandlungen vorgekommen. Da das türkische Reich von den Großmächten garantiert und der Besitz von Kreta geschützt sei, so wäre auch keine Übertragung Kretas auf Griechenland ohne Sanction der Garantimächte möglich. (W. T.)

Graf Harry v. Arnim hat sich, wie die „Post“ hört, an den Hof der Herzogin von Teck, Prinzessin Mary von Cambridge, gemeldet. Unterhaus. Es sind zahlreiche Petitionen gegen die Creditforderung der Regierung eingegangen. Dillwyn machte die Mittheilung, daß er am nächsten Donnerstag die Regierung darüber befragen werde, ob diese russische Regierung eine Depesche über das jüngste Einlaufen der englischen Flotte in die Dardanellen an die englische Regierung gerichtet habe. — Cartwright kündigte an, daß er demnächst beantragen werde, eine Adresse an die Königin zu richten, in welcher die Regierung ersucht werden soll, die griechischen Bestrebungen auf der Conferenz zu befürworten. — Auf eine Anfrage Dilles' erklärte der Unterstaatssekretär des Auswärtigen Bourke, mit Rücksicht auf den Staatsdienst sei es nicht möglich, den jüngsten Depeschenwechsel zwischen Frankreich und England, Egypten betreffend, mitzuteilen. — Der Schatzkanzler Northcote erwiderte dem Deputirten Holt, die englische Regierung werde Alles aufbieten, sowohl den protestantischen, als auch den anderen Einwohnern der Türkei volle Religionsfreiheit zu sichern. — Hierauf wurde die Debatte über den Antrag Forster zu der Creditforderung fortgesetzt. Stanhope glaubt ungeachtet der gegenseitigen Behauptung, daß das Vertrauen des Landes zu der Regierung noch täglich wachse. Wenn der Credit im Jahre 1870 nötig gewesen sei, so sei er es jetzt um so mehr. Die Regierung sympathisire nicht mit der türkischen Mzwirthschaft, sie könne aber nicht bei der gegenwärtigen kritischen Lage der Dinge unvorbereitet und ohne des Vertrauens des Landes gewiß zu sein, in dem europäischen Rathe erscheinen. — Norwood (liberal) ist ebenfalls für die Vorlage der Regierung, obwohl der Credit unzweckmäßig sei; er könne indessen die Verweigerung derselben nicht verantworten. Norwood wendet sich gegen die in der jüngsten Zeit von der Regierung befolgte Politik, die eine schwache gewesen sei; indessen steht die Regierung das Recht zu, Vorfahrt-makregeln zu treffen. Birley und Hall sprechen für die Vorlage, letzterer in sehr kriegerischem Sinne; Dilks befähigt dieselbe. Harcourt spricht die Hoffnung aus, daß die Bemerkungen Hall's von Seiten der Regierung desavouirt werden würden, da die Regierung sonst mit kriegerischen Absichten zur Conferenz gehe. „Was ist“, schloß Harcourt seine Rede, „die gegenwärtige Politik der Regierung? Auf welcher Basis will sie auf der Conferenz verhandeln? Will sie die Türkei beleben oder die durch den Krieg herbeigeführte Unabhängigkeit der Christen stützen? Gibt die Regierung zur Conferenz im Geiste Castlereagh's oder Cannings'? Die bisher für den Credit vorgebrachten Gründe ermöglichen nicht dessen Annahme. Ich kann denselben nicht votiren, ohne die Politik der Regierung zu kennen.“ Der Solicitor-General Giffard sprach sein Erstaunen über die veränderte Sprache der Opposition und deren Mäßigung nach der früheren beständigen Agitation im Lande aus. Unstreitig sei die augenblickliche Lage Europas kritisch und vielleicht beispiellos in der Geschichte. Die Regierung sympathisiere nicht mit der türkischen Mzwirthschaft, aber sie protestiere dagegen, gezwungen zu werden Russlands Forderungen anzunehmen. Welche Garantie sei dafür vorhanden, daß Russland, falls England sich ihm anschließe, die ihm so verliehene Macht nach dem Wunsche Englands gebrauche? Das Parlament gebe keine Gesetze für Bosnien

oder Bulgarien, sondern gehe darüber zu Rathe, ob es die Regierung zu der Conferenz stärken solle, zu einer Zeit, wo viel Unheil in Europa vorhanden und der Einfluss Englands ins Schwanken gerathen sei. Die Debatte wurde hierauf auf nächsten Donnerstag vertagt.

(W. T.)

— 6. Februar. Lord Derby empfing gestern eine aus Griechen bestehende Deputation und drückte auf die von derselben an ihn gerichteten Anfragen zunächst sein tiefes Bedauern darüber aus, daß griechischer Seit ein feindlicher Einfall auf türkisches Gebiet gemacht worden sei, obwohl ihm bekannt sei, daß das griechische Cabinet bei diesem Vorzeichen nur dem Verlangen des griechischen Volkes nachgegeben habe. Er könne nicht versprechen, daß England seine Macht verwenden werde, um ein Bombardement der griechischen Küsten zu verhindern; falls jedoch der Krieg in einer den Grundsäcken der Civilisation zumüderlaufen Weise geführt werden sollte, würden England und andere Mächte interveniren müssen. Lord Derby versicherte ferner seine Sympathie für Griechenland und gab das Versprechen, daß England auf der Conferenz seinen Einfluss geltend machen werde, um ein Uebergewicht der slavischen Race der griechischen gegenüber zu verhindern. Durch eine Zurückbeorderung der griechischen Armee würden günstige Arrangements für die australischen türkischen Provinzen erleichtert werden. Er hörte, daß die griechische Regierung die Thunlichkeit eines Arrangements im Bezieh der Zurückbeorderung ihrer Truppen bereits erwäge, und glaube, daß diese Frage schon in der Lösung begriffen sei. — Zum Obersecretär für Irland ist Lowther ernannt worden. — Die "Morningpost" befürwortet die Ernennung von Lyons und Elliot zu Vertretern Englands auf der Conferenz.

(W. T.)

Konstantinopel, 29. Jan. Das internationale Comité zur Hilfsleistung für die nach Konstantinopel Geflüchteten hat folgenden Auftrag erlassen: Das Elend unter den nach Konstantinopel Geflüchteten ist entsetzlich. Mehr als 80 000 Einwohner der verschiedenen Provinzen des Reiches jeden Glaubens und Stammes sind in den letzten 10 Tagen in der Hauptstadt angelangt und jeder Tag bringt deren weitere Zuwand. Die Mehrzahl derselben ist ohne Dach und bei dem harten Winter ungenügend bekleidet, alle leiden Hunger. Diese Unglücklichen füllen die Moscheen, Kirchen, Schulen, Kasernen und Karavanserais. Der Sultan hat ihnen mehrere seiner Paläste überlassen. Die Reichen haben sie in ihre Häuser aufgenommen, aber an Nahrungsmitteln fehlt es fast gänzlich. Die Berichte aus Burgas, Aidos, Rodosto und Tschorlu lauten herzerreißend. So befinden sich in Tschorlu mehr als 8000 Flüchtlinge, größtentheils Frauen und Kinder. Ein Augenzeuge, der zwei Tage dort zugetragen hat, berichtet, daß während dieser Zeit mehr denn 200 vor Hunger und Kälte gestorben sind. Auf dem Hetransport sind zahlreiche Frauen und Kinder in den Eisenbahngütern umgekommen; die Leichen sind durch die Fenster in den Säcke geworfen worden. Die Tage derer, die hier angekommen sind, ist keine bessere. Wie der öffentlichen und privaten Wohlthätigkeit selbst zu Gebote stehenden Hilfsmittel sind sofort, nachdem sie bereit gestellt, erschöpft. Sie sind völlig unzureichend, um dies namenlose Elend, das sofortige Hilfe erheischt, zu lindern. Ein internationales Comité zur Hilfsleistung für die nach Konstantinopel Geflüchteten, bestehend aus den Consuln der hier vertretenen Mächte, den Vertretern der fremden Gemeinden, den angehendsten Bankiers und Kaufleuten und den Zeitungskorrespondenten ist hier selbst in Wirklichkeit getreten. Ein Ausschuss ist gewählt, um in Europa und Amerika einen energischen und dringenden Aufruf an die Wohlthätigkeit zu richten. Man giebt sich der lebhaftesten Hoffnung hin, daß er sofort erhört werden wird; denn es ist selten, sich einem so ungeheurem Elend und so geringen Hilfsmitteln gegenüber zu befinden. Das internationale Comité hat einzige und allein die Aufgabe, die Geflüchteten, ohne Unterschied des Stammes und der Religion zu unterstützen. — Beiträge werden von Herrn F. Martin Magnus in Berlin angenommen. Gillet, deutscher Consul von Haia, Director der ottomanischen Bank; Rühlmann, Director der rumelischen Bahnen; Dr. Weiss, ottomanischer Berggrath.

Griechenland.

Athen, 5. Februar. Trotz des starken Schneefalles sind die griechischen Truppen bis nach Domoko vorgedrungen und haben die diesen Ort umgebenden Positionen besetzt. — Die hiesigen Vertreter der auswärtigen Mächte haben erklärt, sie würden den Piräus gegen ein eventuelles Bombardement schützen, wenn der Piräus nicht belagert würde und die Stadt eine offene bliebe. — Der Minister der auswärtigen Angelegenheiten hat heute eine lange Unterredung mit dem Secrétaire der englischen Gesandtschaft, Ryndham.

(W. T.)

Amerika. Washington, 5. Febr. Von der Finanzcommission ist dem Senate ein Bill vorgelegt worden, wodurch die Regierung zur Emission von 100 Millionen Coupon-Bonds ermächtigt wird, die mit 3,65 Proc. verzinslich und binnen 50 Jahren rückzahlbar sein sollen. Die Auszahlung von Kapital und Zinsen soll in Metall erfolgen, die gedachten 100 Millionen Coupon-Bonds sollen an die Selle einer gleich großen Summe vierprozentiger Coupon-Bonds treten.

(W. T.)

Nachrichten vom Kriegsschauplatz.

Peterburg, 6. Febr. Offizielles Telegramm aus Adrianopol vom 1. Februar. Am 29. Januar wurde Tschorlu von dem Vortrat der Cavallerie des Generals Strukoff genommen. Am Kampfe waren unsreits eine Escadron des Mostauer Leibdragoone regiments und zwei Sotnien des 1. Don'schen Rosarenregiments beteiligt, während die türkischen Truppen aus 1000 Mann regulärer Cavallerie und Tscherkessen bestanden. Nachdem es zu einem Handgemenge gekommen war, begannen die Türken sich Ansangs in Ordnung zurückzuziehen, später arzte der Rückzug in vollständige Verwirrung aus. Wir hatten 4 Mann tot, 9 Mann verwundet. Die von uns besetzte Stadt Tschorlu erwies sich ungestört, der Pascha, der dafelbst das Commando geführt hatte, war geflohen und hatte

in seinem Konak alle amtlichen Schriftstücke zurückgelassen. Der Telegraphenapparat fiel unverlegt in unsere Hände. — Am 27. Januar wurde Osmanbazar vom General Ernrodt besetzt. Die Stadt war von den Türken vor ihrem Abzug geplündert und gänzlich zerstört worden. — Mit Genehmigung der türkischen Regierung sind Maßregeln ergriffen worden, um die internationale Telegraphenleitung zwischen Adrianopol und Konstantinopel und die Kabelverbindung zwischen Konstantinopel und Odessa baldigst wieder herzustellen. Auch die Eisenbahnverbindung zwischen Adrianopol und Konstantinopel soll demnächst hergestellt werden.

(W. T.)

Danzig, 7. Februar.

* Für das Statjahr 1878/79 sind in der Stadt Danzig zur Klassensteuer eingeschäkt worden 19 198 Personen mit einem Gesammt-Einkommen von 16 362 525 Mk. und einem Steuerfoll von 190 587 Mk. Gegen 1877/78 hat die Zahl der Gensten um 1119, das eingeschäkt Einkommen 169 510 Mk. und das Steuerfoll um 3135 Mk., gegen 1876 die Zahl der Gensten um 2138, das eingeschäkt Einkommen um 618 125 Mk. und das Steuerfoll um 8694 Mk. abgenommen. Zur ersten Stufe sind pro 1878/79 eingeschäkt 10 295 Personen oder 53,63 Proc. mit einem Gesammt-Steuer-Betrag von 30 885 Mk. oder 16,21 Proc. zur zweiten Steuerstufe 3360 Personen oder 17,50 Proc. mit einem Steuerbetrag von 20 160 Mk. oder 10,58 Proc. Während also die beiden ersten Stufen 71,13 Proc. der Gensten enthalten, beträgt die von denselben austretende Steuer 26,79 Proc. Zur 3. Stufe (900—1050 Mk. Einkommen) sind 1160, zur 4. Stufe (1050—1200 Mk.) 1030, zur 5. Stufe (1200—1350 Mk.) 760, zur 6. Stufe (1350—1500 Mk.) 614, zur 7. Stufe (1500 bis 1650 Mk.) 415, zur 8. Stufe (1650—1800 Mk.) und zur 9. Stufe (1800—2100 Mk.) je 384, zur 10. Stufe (2100—2400 Mk.) 362, zur 11. Stufe (2400—2700 Mk.) 225 und zur 12. Stufe (2700 bis 3000 Mk.) 209 Personen eingeschäkt. Die Abnahme der Gensten und des Steuerfolls erstreckt sich ausschließlich auf die beiden untersten Stufen, bei den anderen 10 Stufen ist die Zahl der Gensten gegen 1876 um 40, das Steuerfoll um 6681 Mk. gestiegen. Die Zahl der steuerfreien Gensten betrug 1876: 14 048, 1877/78: 16 578, 1878/79 soll sie nach dem Einschätzungsresultat betragen 17 573 Mk. Zur klassifizirten Einkommensteuer sind pro 1878/79 überwiesen 1483 Gensten (gegen 1417 im Jahre 1877/78 und 1377 im Jahre 1876).

* Der diesjährige Vereinstag der deutschen nautischen Vereine ist von dem Vorsitzenden Hrn. Commerzienrat Gibone hier selbst auf den 25., 26. und 27. Februar nach Berlin einberufen worden.

* Obwohl nach dem heutigen Aushang auf dem hiesigen Bahnhofe der Traject bei Graudenz noch bei Tag und Nacht bewirtschaftet werden soll, ist die heutige Graudenser Nachpost doch ausgeblieben, was darauf schließen läßt, daß das Weichselgebiet dort wieder so schwach geworden ist, daß eine nächtliche Ueberschreitung gefährlich erscheint. Der Wasserstand der Weichsel sängt wieder langsam zu steigen an, so daß bei anhaltendem Thauwetter in den nächsten Tagen partielle Eisgänge zu erwarten sein dürften.

* Traject über die Weichsel. [Nach dem Aushang auf dem hiesigen Bahnhof.] Gzw. Marienwerder: bei Tag und Nacht; Warlubien-Graudenz: zu Fuß über die Eisdecke bei Tag und Nacht; Terespol-Kulm: vor Kahn bei Tag und Nacht.

* Der von der hiesigen Regierung zum Zwecke der Errichtung des Diestrial-Gebündes vollzogene Aufstand den Herren Stadtrath Wendt, Apotheker Michelsohn, Wittwe Kirschewski und Rentier Westel gehörigen vier Grundstücke Neugarten Nr. 13—16 für den Gesamtkaufspreis von 354 000 Mk. ist nunmehr seitens des Ministeriums genehmigt und damit perfect geworden. Ebenso hat der Anfang des ehemals Tennstädt'schen Grundstückes auf Neugarten zu dem Preise von circa 250 000 Mk. die Genehmigung des Justizministers erhalten.

* Die in den Tagen vom 14. bis 16. Februar hier selbst stattfindende Pferdebesichtigung ist, wie uns zur Ergänzung unserer gestrigen Notiz freundlich mitgetheilt wird, eine alle vier Jahre regelmäßig wiederkehrende nummerische Musterung der für Militäzzwecke brauchbaren Pferde des deutschen Reiches, welche die Leiter der Direction der Ostbahn, welche eine bequemere Verbindung mit unserer neuen Provinzial-Hauptstadt ab schlägig beschieden worden. Da der Mangel einer sequentieren Vermittlungsverbindung mit der Hauptstadt so gänzlich in ganz Weißrussland gleichmäßig eingetragen wird, so ist es wahrscheinlich, daß die Interessenten sich bei diesem ersten negativen Ergebnis ihrer Bemühungen nicht beruhigen werden. — Im Laufe dieses Sommers wird Marienburg um ein neues Schulgebäude reicher werden. Der Neubau des Cafés des hiesigen Landwirtschaftscole soll bereits bis zum Herbst dieses Jahres in Rohbau vollendet sein. Als Bauplatz ist zunächst, wie verlautet, der durch das Aufschütten des alten Wallgrabens gewonnene Raum zwischen dem Gymnasium und der höheren Töchterschule aussersehen.

Marienwerder, 6. Februar. Auf einem, dem Mühlensitzer Krächer Gritzmühle gehörigen, dicht an der Li. be gelegenen Ackerstück laufen in diesen Tagen, wie der "Ost." mittheilt wird, Arbeiter beim Sandgraben mehrere Stücke mattgelben Bernstein. Weitere Nachgrabungen sollen in den Sandhügeln eine Ader blosseglegt haben, die ganz aus diesem fossilen Harz besteht.

Dem Kreisphysikus Dr. Kuhner zu Thorn ist der Charakter als Sanitätsrat verliehen worden. Königslberg, 6. Februar. Die geistige Stadt vero dneben-Versammlung bewilligte dem Magistrat in Anbetracht der abnormen Witterung dieses Winters und der dadurch herbeigeführten Mehrfachen der Strafremission einen Extra-Credit von 5000 Mk. zur Verwendung im Interesse des städtischen Fuhrwesens. — Das hiesige Commerzolegion hat der ihre Waaren mit der Befüllung des jüdischen Nüdelaus verkaufenden Firma Alpert & Schmidt unter Anordnung einer Strafe von 150 Mk. untersagt, als "Deutsche Ausgabenversicherungsgesellschaft" zu firmieren.

* Der Oberst und Commandeur des ospr. Kürassier-Regiments Nr. 3 (Wrangel) v. Bernhardi ist zu den Offizieren von der Armee versetzt und der Major S. Schäffer vom hiesigen Dragoner-Regiment Nr. 13 mit der Führung des ospr. Kürassier-Regiments Nr. 3 beauftragt.

Passenheim, (Kr. Orlensburg), 5. Febr. Auf einer Petition des hiesigen Magistrats bei dem Minster für Landwirtschaft hat letzterer die Entwässerung des Kalten-Leeseler-Kapnuel und Grammer Sees in Betracht geogen und die Regierung in Königsberg zur Belehrerstattung aufgesordert. Bei letzterer ist eine Deparation, befehlend aus dem Gutsbesitzer Nösel und Bürgermeister Erfurth vorstellig geworden und hat günstige Aufnahme bezüglich des Entwässerungsprojektes gefunden. Letzteres wird jedoch nicht anders, als auf fiskalische Kosten zu Stande kommen, da die beteiligten Kreise oder gar die Stadt Passenheim allein viel zu arm sind.

(R. H. S.)

* In der vorigestrichen Sitzung des Criminalgerichts wurde u. a. Aufklageräte auch ein Pro Prozeß gegen das hiesige "Westpr. Volkssch." verhandelt. Aus Veranlassung einer im Frühling v. J. durch verschiedene Blätter colportirten Nachricht, daß in die Wohnung des staatsstrennen Pfarrers Lizak zu Schweiz (Kreis Dt. Crone) geschossen worden, batte das genannte Organ einen Correspondenzartikel aus Dt. Crone gebracht, in welchem die Vermuthung, daß ein Attentat beabsichtigt sei, widerlegt werden sollte, wobei der Verfasser daran hinwies, daß der Pfarrer Lizak bereits einmal wegen Schießens mit 5 Tüllen Geldbuße bestraft sei. Es war dann die Berufung Lizaks auf die betr. Pfarrstelle unter Hinweisung auf dessen Excommunication als eine "schwere Heimfuchung" der Parochie bezeichnet worden. Der Redakteur, Hr. Franz Schärmer, war deshalb wegen Beleidigung des Pfarrers Lizak angeklagt worden. Wenngleich die Mittteilung, daß Lizak wegen unbefugten Gebrauchs von Schußwaffen, also wegen einer Uebertrittsbestrafte sei, sich auch als unwahr erwies, so wurde hierin eine Beleidigung des L. vom Gerichtshofe nicht vorgesunden, da eine derartige Strafe sein öffentliches Ansehen nicht gebahnt hätte. Dagegen erachte der Gerichtshof den Hinweis auf die "schwere Heimfuchung" für beleidigend und verurtheile Herrn Schärmer zu 100 Mk. Geldbuße, event. 10 Tagen Gefängnis. Der Staatsanwalt hatte 1 Monat Gefängnis beantragt.

** [Polizeibericht vom 7. Februar.] Verhaftet: der Arbeiter M. wegen Diebstahls, der Schreiber gesell W. und der Müller gesell K. wegen Bettelns und Widerstands gegen die Staatsgewalt, 16 Obdachlose, 3 Bettler, 1 Betrunken, 4 Dirnen, 4 Personen wegen nüchterner Raubstörung. — Gestohlen: dem Fräulein S. 1 Regenschirm, 1 Paar Schuhe, dem Arbeiter W. 3 Albares Geld. — Gefunden: am 4. d. M. 1 Extr. Artillerie-Schleppfädel nebst weißer Koppel; derselbe kann im Crim.-Bur. in Empfang genommen werden, 1 schwarze Mörderbüste auf der Reitbahn, 1 Pfandschein über eine silberne Kette. — Der Arbeiter W. aus Schellingfelde mußte gestern wegen Geisteskrankheit nach dem städtischen Lazarett übergeführt werden. Als herrenlos und vermutlich gestohlen angebauten: 1 Schalldusche von E. v. Sydow, in lila Leinwand gebunden, (Gotha 1875). Der Eigentümer wolle sich im Crim.-Bur. melden.

** [Polizeibericht vom 7. Februar.] Verhaftet: der Arbeiter M. wegen Diebstahls, der Schreiber gesell W. und der Müller gesell K. wegen Bettelns und Widerstands gegen die Staatsgewalt, 16 Obdachlose, 3 Bettler, 1 Betrunken, 4 Dirnen, 4 Personen wegen nüchterner Raubstörung. — Gestohlen: dem Fräulein S. 1 Regenschirm, 1 Paar Schuhe, dem Arbeiter W. 3 Albares Geld. — Gefunden: am 4. d. M. 1 Extr. Artillerie-Schleppfädel nebst weißer Koppel; derselbe kann im Crim.-Bur. in Empfang genommen werden, 1 schwarze Mörderbüste auf der Reitbahn, 1 Pfandschein über eine silberne Kette. — Der Arbeiter W. aus Schellingfelde mußte gestern wegen Geisteskrankheit nach dem städtischen Lazarett überführt werden. Als herrenlos und vermutlich gestohlen angebauten: 1 Schalldusche von E. v. Sydow, in lila Leinwand gebunden, (Gotha 1875). Der Eigentümer wolle sich im Crim.-Bur. melden.

** [Polizeibericht vom 7. Februar.] Verhaftet: der Arbeiter M. wegen Diebstahls, der Schreiber gesell W. und der Müller gesell K. wegen Bettelns und Widerstands gegen die Staatsgewalt, 16 Obdachlose, 3 Bettler, 1 Betrunken, 4 Dirnen, 4 Personen wegen nüchterner Raubstörung. — Gestohlen: dem Fräulein S. 1 Regenschirm, 1 Paar Schuhe, dem Arbeiter W. 3 Albares Geld. — Gefunden: am 4. d. M. 1 Extr. Artillerie-Schleppfädel nebst weißer Koppel; derselbe kann im Crim.-Bur. in Empfang genommen werden, 1 schwarze Mörderbüste auf der Reitbahn, 1 Pfandschein über eine silberne Kette. — Der Arbeiter W. aus Schellingfelde mußte gestern wegen Geisteskrankheit nach dem städtischen Lazarett überführt werden. Als herrenlos und vermutlich gestohlen angebauten: 1 Schalldusche von E. v. Sydow, in lila Leinwand gebunden, (Gotha 1875). Der Eigentümer wolle sich im Crim.-Bur. melden.

** [Polizeibericht vom 7. Februar.] Verhaftet: der Arbeiter M. wegen Diebstahls, der Schreiber gesell W. und der Müller gesell K. wegen Bettelns und Widerstands gegen die Staatsgewalt, 16 Obdachlose, 3 Bettler, 1 Betrunken, 4 Dirnen, 4 Personen wegen nüchterner Raubstörung. — Gestohlen: dem Fräulein S. 1 Regenschirm, 1 Paar Schuhe, dem Arbeiter W. 3 Albares Geld. — Gefunden: am 4. d. M. 1 Extr. Artillerie-Schleppfädel nebst weißer Koppel; derselbe kann im Crim.-Bur. in Empfang genommen werden, 1 schwarze Mörderbüste auf der Reitbahn, 1 Pfandschein über eine silberne Kette. — Der Arbeiter W. aus Schellingfelde mußte gestern wegen Geisteskrankheit nach dem städtischen Lazarett überführt werden. Als herrenlos und vermutlich gestohlen angebauten: 1 Schalldusche von E. v. Sydow, in lila Leinwand gebunden, (Gotha 1875). Der Eigentümer wolle sich im Crim.-Bur. melden.

** [Polizeibericht vom 7. Februar.] Verhaftet: der Arbeiter M. wegen Diebstahls, der Schreiber gesell W. und der Müller gesell K. wegen Bettelns und Widerstands gegen die Staatsgewalt, 16 Obdachlose, 3 Bettler, 1 Betrunken, 4 Dirnen, 4 Personen wegen nüchterner Raubstörung. — Gestohlen: dem Fräulein S. 1 Regenschirm, 1 Paar Schuhe, dem Arbeiter W. 3 Albares Geld. — Gefunden: am 4. d. M. 1 Extr. Artillerie-Schleppfädel nebst weißer Koppel; derselbe kann im Crim.-Bur. in Empfang genommen werden, 1 schwarze Mörderbüste auf der Reitbahn, 1 Pfandschein über eine silberne Kette. — Der Arbeiter W. aus Schellingfelde mußte gestern wegen Geisteskrankheit nach dem städtischen Lazarett überführt werden. Als herrenlos und vermutlich gestohlen angebauten: 1 Schalldusche von E. v. Sydow, in lila Leinwand gebunden, (Gotha 1875). Der Eigentümer wolle sich im Crim.-Bur. melden.

** [Polizeibericht vom 7. Februar.] Verhaftet: der Arbeiter M. wegen Diebstahls, der Schreiber gesell W. und der Müller gesell K. wegen Bettelns und Widerstands gegen die Staatsgewalt, 16 Obdachlose, 3 Bettler, 1 Betrunken, 4 Dirnen, 4 Personen wegen nüchterner Raubstörung. — Gestohlen: dem Fräulein S. 1 Regenschirm, 1 Paar Schuhe, dem Arbeiter W. 3 Albares Geld. — Gefunden: am 4. d. M. 1 Extr. Artillerie-Schleppfädel nebst weißer Koppel; derselbe kann im Crim.-Bur. in Empfang genommen werden, 1 schwarze Mörderbüste auf der Reitbahn, 1 Pfandschein über eine silberne Kette. — Der Arbeiter W. aus Schellingfelde mußte gestern wegen Geisteskrankheit nach dem städtischen Lazarett überführt werden. Als herrenlos und vermutlich gestohlen angebauten: 1 Schalldusche von E. v. Sydow, in lila Leinwand gebunden, (Gotha 1875). Der Eigentümer wolle sich im Crim.-Bur. melden.

** [Polizeibericht vom 7. Februar.] Verhaftet: der Arbeiter M. wegen Diebstahls, der Schreiber gesell W. und der Müller gesell K. wegen Bettelns und Widerstands gegen die Staatsgewalt, 16 Obdachlose, 3 Bettler, 1 Betrunken, 4 Dirnen, 4 Personen wegen nüchterner Raubstörung. — Gestohlen: dem Fräulein S. 1 Regenschirm, 1 Paar Schuhe, dem Arbeiter W. 3 Albares Geld. — Gefunden: am 4. d. M. 1 Extr. Artillerie-Schleppfädel nebst weißer Koppel; derselbe kann im Crim.-Bur. in Empfang genommen werden, 1 schwarze Mörderbüste auf der Reitbahn, 1 Pfandschein über eine silberne Kette. — Der Arbeiter W. aus Schellingfelde mußte gestern wegen Geisteskrankheit nach dem städtischen Lazarett überführt werden. Als herrenlos und vermutlich gestohlen angebauten: 1 Schalldusche von E. v. Sydow, in lila Leinwand gebunden, (Gotha 1875). Der Eigentümer wolle sich im Crim.-Bur. melden.

** [Polizeibericht vom 7. Februar.] Verhaftet: der Arbeiter M. wegen Diebstahls, der Schreiber gesell W. und der Müller gesell K. wegen Bettelns und Widerstands gegen die Staatsgewalt, 16 Obdachlose, 3 Bettler

Beilage zu Nr. 10794 der Danziger Zeitung.

Danzig, 7. Februar 1878.

Danzig, 7. Februar.

Thorn, 6. Febr. Die Frage, ob die im Juli v. J. durch Feuer zerstörte städtische Weichselbrücke wieder gebaut werden soll oder nicht, wird wohl noch recht lange unentschieden bleiben; ein Bauplan und Anschlag zur Herstellung derselben mit hölzernen Belag auf massiven Steinpfeilern ist zwar von unserem Stadtbaurath ausgearbeitet, auch von der Königl. Regierung geprüft und genehmigt, da aber die Kosten eines solchen Brückebaues auf 750 000 M. berechnet sind und sehr leicht auf 900 000 M. steigen könnten, haben unsere städtischen Behörden mit vollem Grund und Recht Anstand genommen, den Bau zu beschließen, wenn nicht eine Beihilfe von etwa zwei Dritteln der Baukosten aus Staatsmitteln gewährt wird. Auf die Bewilligung eines so erheblichen Staatsbeitrages ist aber, obgleich ein zweiter, allseit gesicherter Übergang über die Weichsel bei Thorn neben der Eisenbahnbrücke auch von großer militärischer Bedeutung wäre, doch schwerlich zu rechnen; auf jeden Fall würde das Ministerium eine solche Summe nicht ohne Zustimmung des Landtages geben können, und somit wird der Bau wohl auf lange Jahre hinaus unterbleiben, denn die Stadt ist — wie leider jetzt fast alle preußischen Städte — in zu bedrängter Finanzlage, als daß sie, ohne die Bürgerschaft über deren Vermögen zu belasten, sich auf einen so kostspieligen und dabei doch nicht genügend rentirenden Bau einzulassen könnte. Dagegen wird der Erweiterungsbau unserer Festungswehr mit Beginn des Frühjahrs ernstlich in Angriff genommen werden. Fürs erste ist die Herstellung von 2 neuen Außenforts bestimmt, von denen eines auf dem rechten Stromufer zum Schutz der Bahnhöfe eingerichtet wird. Für den zur Zeit noch von Wällen eingenommenen Raum östlich von der Stadt, welcher nach Aufführung der neuen und Niederlegung der alten Werke zur Erweiterung der Stadt frei wird, ist der Bebauungsplan schon vollständig ausgearbeitet, doch dürfte es wohl noch mehrere Jahre dauern, bis er zur Anwendung kommt, da die Militärbehörden vorsichtigerweise die jetzigen Befestigungen nicht früher beseitigen wollen, als bis durch die neu zu erbauenden ein hinreichend schützender Ersatz für jene erreicht ist. Der neu zu eröffnende Stadtteil wird viel höher über dem Weichelsee liegen als die alten, und die Anlage von Brunnen also viel schwieriger sein, wenn es überhaupt möglich sein wird, auf so bedeutender Höhe Brunnen aus Quellen ohne Kunstgetriebe zu speisen. Auf dem Westende der Stadt ist jetzt ein uraltes Mauerstück, weil es dem Einsturz nahe war, abgebrochen, nämlich der Thurm des Althorner Tores, doch wird aus diesen Ruinen schwerlich neues Leben erblühen, denn gerade an dieser Stelle drückt der Wallgürtel am engsten auf die Stadt und grade dort soll er nicht weiter gerückt werden. — Für das Denkmal zur Erinnerung an die in dem französischen Kriege gefallenen Kämpfer aus Stadt und Kreis Thorn sind die auf ca. 6000 M. veranschlagten Kosten nach etwa fünftägiger Sammlung mit Hilfe von Concerten und Theatervorstellungen

nun vollständig zusammengebracht, so daß dessen Enthüllung und Einweihung wohl am diesjährigen Gedanfest stattfinden kann, wenn man sich rechtzeitig über den Platz geeinigt hat, auf dem es aufgestellt werden soll. Es sind mehrere Stellen dafür in Vorschlag gebracht, für jede auch Empfehlungsgründe angeführt, gegen jede aber auch Einwendungen erhoben. Die Zahl der in Stadt oder Kreis Thorn von unserem Stadtbaurath ausgearbeitet, auch von der Königl. Regierung geprüft und genehmigt, da aber die Kosten eines solchen Brückebaues auf 750 000 M. berechnet sind und sehr leicht auf 900 000 M. steigen könnten, haben unsere städtischen Behörden mit vollem Grund und Recht Anstand genommen, den Bau zu beschließen, wenn nicht eine Beihilfe von etwa zwei Dritteln der Baukosten aus Staatsmitteln gewährt wird. Auf die Bewilligung eines so erheblichen Staatsbeitrages ist aber, obgleich ein zweiter, allseit gesicherter Übergang über die Weichsel bei Thorn neben der Eisenbahnbrücke auch von großer militärischer Bedeutung wäre, doch schwerlich zu rechnen; auf jeden Fall würde das Ministerium eine solche Summe nicht ohne Zustimmung des Landtages geben können, und somit wird der Bau wohl auf lange Jahre hinaus unterbleiben, denn die Stadt ist — wie leider jetzt fast alle preußischen Städte — in zu bedrängter Finanzlage, als daß sie, ohne die Bürgerschaft über deren Vermögen zu belasten, sich auf einen so kostspieligen und dabei doch nicht genügend rentirenden Bau einzulassen könnte. Dagegen wird der Erweiterungsbau unserer Festungswehr mit Beginn des Frühjahrs ernstlich in Angriff genommen werden. Fürs erste ist die Herstellung von 2 neuen Außenforts bestimmt, von denen eines auf dem rechten Stromufer zum Schutz der Bahnhöfe eingerichtet wird. Für den zur Zeit noch von Wällen eingenommenen Raum östlich von der Stadt, welcher nach Aufführung der neuen und Niederlegung der alten Werke zur Erweiterung der Stadt frei wird, ist der Bebauungsplan schon vollständig ausgearbeitet, doch dürfte es wohl noch mehrere Jahre dauern, bis er zur Anwendung kommt, da die Militärbehörden vorsichtigerweise die jetzigen Befestigungen nicht früher beseitigen wollen, als bis durch die neu zu erbauenden ein hinreichend schützender Ersatz für jene erreicht ist. Der neu zu eröffnende Stadtteil wird viel höher über dem Weichelsee liegen als die alten, und die Anlage von Brunnen also viel schwieriger sein, wenn es überhaupt möglich sein wird, auf so bedeutender Höhe Brunnen aus Quellen ohne Kunstgetriebe zu speisen. Auf dem Westende der Stadt ist jetzt ein uraltes Mauerstück, weil es dem Einsturz nahe war, abgebrochen, nämlich der Thurm des Althorner Tores, doch wird aus diesen Ruinen schwerlich neues Leben erblühen, denn gerade an dieser Stelle drückt der Wallgürtel am engsten auf die Stadt und grade dort soll er nicht weiter gerückt werden. — Für das Denkmal zur Erinnerung an die in dem französischen Kriege gefallenen Kämpfer aus Stadt und Kreis Thorn sind die auf ca. 6000 M. veranschlagten Kosten nach etwa fünftägiger Sammlung mit Hilfe von Concerten und Theatervorstellungen

62,20, Nagar, Brümmellose 78,50, Creditactien 230,40, Franzosen 26,50, Lomb. Eisenbahn 79,00, Galizier 37,00, Kafcan-Oberberg 107,00, Nordb. 90,70, Nordwestb. 111,00, Elisabethbahn 166,00, Nordbahn 198,50, Nationalbank 811,00, Türkische Loope 14,75, Unionbank 37,75, Anglo-Austria 104,25, Deutsche Bläue 57,80, Londoner de. 118,55 Pariser de. 47,00, Amerikaner 19, 97,70, Napoleon 9,43, Dataten 5,59, Silbermarken 103,40, Markosten 58,22%.

London, 6. Februar. (Schluß-Course.) Gewiss 26 1/4, östl. Italienische Rente 74 1/2, Lombarden 6 1/2, Russ. Lombard. Prioritäten alte 9 1/2, Russ. Lombard. Priorität. neue 9 1/2, Russ. Russen de 1871 86 1/2, Russ. Russen de 1872 85 1/2, Russ. Russen de 1873 85 1/2, Silber 54, Türkisch. Anleihe de 1865 8%, Russ. Türken de 61 8 1/2, Russ. Vereinigte Staaten 1/2 1885 8%, Russ. Vereinigte Staaten 5 1/2 Sandarie 104 1/2, Österreichische Sch. Renten —, Österreichische Papier-Rente —, ungarische Schablands 100%, Russ. ungarische Schablands 2, Emission 95, Russ. Bernauer Spanier 12 1/2, Plattdiscont 1 1/2.

London, 6. Febr. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Fremde Anfuhren seit letztem Montag: Weizen 16 000, Gerste 4420, Hafer 28520 Ohrs. — Weizen geschäftsfös. Andere Getreidearten bei schleppendem Geschäft unverändert. Wetter: Raub.

Liverpool, 6. Februar. (Bannwolle.) (Schlußbericht.) Ursatz 10000 Ballen, davon für Speculation und Export 1500 Ballen. Angeboten: Futures 1/2d. theurer.

Paris, 6. Febr. (Schlußbericht.) Russ. Rente 74,07 1/4, Auleihe de 1872 110,30, Italienische Russ. Rente 74 75, Österreich. Goldrente 65 1/2, Ungarische Goldrente 80 1/4, Franzosen 68,75, Lombardische Eisenbahn - Action 171,25, Lombard. Prioritäten 240,00, Türken de 1865 9,00, Türken de 1869 44,60, Türkenloose 32,00, Russen de 1877 87 1/2, Credit mobilier 165, Spanier exter. 12 1/2, do. inter. 12, Suezcanal-Action 777, Banque ottoman: 875, Société générale 470, Credit foncier 635, neue Egypter 147, Wechsel auf London 25,15.

Paris, 6. Februar. Productenmarkt. Weizen ruhig, do. Febr. 30,25, do. März-April 30,50, do. Mai-Juni 30,50, do. Mai-August 30,50, Mehl matt, do. Februar 66,25, do. März-April 66,25, do. Mai-Juni 66,25, do. Mai-August 66,25, Rübbel weichend, do. Febr. 98,50, do. März 97,50, do. April 97,00, do. Mai-August 95,00. — Spiritus ruhig, do. Febr. 57,00, do. Mai-August 58,00. — Wetter: Schön.

Antwerpen, 6. Febr. Getreidemarkt geschäftsfös. — Petroleummarkt. (Schlußbericht.) Kassierries. Type weiß, loco 28 bez. und Br., do. Februar 27 1/2 bez. und Br., do. März 28 Br., do. September 31 Br., do. Sept.-Dezember 31 1/2 Br. Matt. Newyork, 5. Febr. (Schlußcourse.) Wechsel auf London in Gold 4 D. 81 1/2 C., Golbagio 2 1/2 Bonds 500 fund. 103%, 500 Bonds do. 1887 105%, Eisenbahn 9 1/2%, Central Pacific 105, Newyork Centralbahn 105 1/4, — Warenbericht. Baumwolle in Newyork 11 1/2, do. in New-Orleans 10%, Petroleum in

Newyork 13, do. in Philadelphia 12%, Mehl 5 D. 10 C., Rother Winterweizen 1 D. 33 C., Mais (old wird) 60 C., Zucker (fair restitut Muscovados) 7 1/2%, Kaffee (Rio-) 16 1/2%, Schwah (Marke Wilcox) 8 1/2%, Speck (bord clair) 5 1/2 C., Getreidefracht 5 1/2%.

Meteorologische Depesche vom 6. Februar.

8 Uhr Morgens.

	Barometer:	Wind:	Wetter:	Temp.C. Bem.
Aberdeen . . .	771,1	SW	still	wolkig 0,0
Copenhagen . . .	767,9	WNW	leicht	b. bed. 2,5
Stockholm . . .	760,4	WNW	leicht	b. bed. 3,0
Haparanda . . .	752,5	—	still	b. bed. 13,6
Petersburg . . .	753,5	—	still	b. bed. 4,5
Vossan . . .	761,9	S	still	bed. 15,5
Cork . . .	773,2	S	mäßig	bed. 7,2
Brest . . .	773,7	O	leicht	bed. 4,0
Helder . . .	775,7	WNW	still	wolkig 4,4
Sylt . . .	772,3	W	schwach	heiter 3,3
Hamburg . . .	773,8	WNW	leicht	bed. 3,4 ¹⁾
Swinemünde . . .	769,7	WNW	mäßig	Dunst 3,8 ²⁾
Neufahrwasser . . .	765,4	WNW	schwach	heiter 2,6
Nemel . . .	761,6	WNW	frisch	Leichter Nebel 1,4 ³⁾
Paris . . .	776,2	O	leicht	Nebel 1,3
Erfeld . . .	776,8	WNW	still	bed. 8,3 ⁴⁾
Karlsruhe . . .	776,7	NO	leicht	bed. 3,6
Wiesbaden . . .	776,3	N	still	bed. 1,8
Cassel . . .	776,4	WNW	schwach	bed. 1,8
München . . .	775,3	O	leicht	Nebel 5,5
Leipzig . . .	776,2	W	leicht	bed. 1,7
Berlin . . .	771,9	SW	stark	bed. 3,5
Breslau . . .	770,6	WNW	mäßig	bed. 1,4

¹⁾ Dunstig. ²⁾ Seegang mäßig. ³⁾ Seegang mäßig. ⁴⁾ Leichter Nebel.

Der Luftdruck ist im Nordosten gestiegen, sonst wenig verändert. Die im ganzen Ostseebecken noch fortdauernde nordwestliche Luftströmung ist dadurch schwächer geworden und die Witterung in ganz Europa ruhig, jedoch größtentheils trüb, in Deutschland und Nordfrankreich vielfach neblig. Die Vertheilung der Temperatur ist fast dieselbe wie gestern, das Thermometer ist auch in Südschweden und am Mittelrhein eingetreten, in Haparanda und Frankreich ist es dagegen kälter geworden.

Deutsche Seewarte.

Productenmärkte.

Mönchengladbach, 6. Februar. (v. Portatius & Grothe.)
Weizen 1000 Kilo hochbunter 125/68 202,25, 204,75, 1308 211,75 A. bez. vorher 124/58 200,
Raffineries. Type weiß, loco 28 bez. und Br., do. Februar 27 1/2 bez. und Br., do. März 28 Br., do. September 31 Br., do. Sept.-Dezember 31 1/2 Br. Matt.
Newyork, 5. Febr. (Schlußcourse.) Wechsel auf London in Gold 4 D. 81 1/2 C., Golbagio 2 1/2 Bonds 500 fund. 103%, 500 Bonds do. 1887 105%, Eisenbahn 9 1/2%, Central Pacific 105, Newyork Centralbahn 105 1/4, — Warenbericht. Baumwolle in Newyork 11 1/2, do. in New-Orleans 10%, Petroleum in

A. bez., kleine 124,25, russ. 117, 120 A. bez. — Hafer
1000 Kilo 108, 116, 120, russ. 99,50 A. bez. —
Erbsen 1000 Kilo weiße 123,50, 133,25 A. bez.,
grüne 131 A. bez. — Bohnen 1000 Kilo 126,50,
135,50 A. bez. — Wicke 1000 Kilo 102,25, 111,
113,25, 117,50 A. bez. — Spiritus 10 1000 Liter
ohne Fab. in Boxen von 5000 Liter und darüber
loco 50% A. bez., Febr. 51 A. Br., 50% A. Bd., März
52 A. Br., 51% A. Bd., Frühjahr 52% A. Br.,
52% A. Bd., Mai-Juni 52% A. bez., Juni 54% A.
Br., 53% A. Bd., Mai 55 A. Br., 54% A. Bd.,
August 55% A. Br., 55 A. Bd.

Stettin, 6. Febr. Weizen zur Frühjahr 206,50
A. zur Mai-Juni 208,00 A. — Roggen zur Frühjahr
142,00 A. zur Mai-Juni 142,00 A. — Hafer zur
Frühjahr — — Rübst 100 Kilogr. zur Februar
71,75 A. zur April-Mai 71,00 A. — Spiritus loco
48,60 A. zur Februar 48,60 A. zur April-Mai 50,70
A. — Petroleum loco 12,40 A.

Breslau, 6. Febr. Kleesamen ohne Rendierung,
rother, seine Qualitäten behauptet, 50 Kilogr.
32—42—47—52 A. weißer unverändert, 40—44—
57—66—70 A. hochsehr über Notiz. Thymothee
rubic, 50 Kilogr. 18—20—23 A.

Berlin, 6. Februar. [Originalbericht v. G. Kaltin.] Die wenig anregenden und eher matteren westlichen Berichte blieben ohne Einfluss auf unsern heutigen Markt, der bei etwas mehr Lebhaftigkeit in fester Haltung für fast alle Artikel verließ. Weizen loco behauptet. Termine fest, aber unverändert, da es kaum zu Umsätzen kam. — Roggen loco bei sehr kleiner Zufuhr fest. Termine behaupteten bei fehlenden Abgebern feste Haltung, ohne belebt zu sein und schlossen Course wie gestern. — Auf Rübst drückte die starke Kündigung, welche Realisationen verursachte und die Notierung billiger machte. — Spiritus belebt und höher. Die loco Zufuhr war klein und da sich Spritfabrikanten und Reporteure um die selbe Concurrenz machten, räumte sie sich rasch und zu besseren Preisen. Für Termine waren Commissionäre auf sächsische Acceptationen in Deckung Käufer, denen sich Blattpreisanten auf die Nachricht starken Kartoffel-Exports via Hamburg nach England, zugesellten und eine Preisanspannung hervorriefen. Der Schluss war rubig und abgeschwächt. — Petroleum matter. — Roggenmehl still. Weizen zur 1000 Kilo, gelind. — Cir. Kündigungspreis — loco 185—225 A. nach Qualität, gelb märkischer 202 A. ab Bahn bez., 20 Febr. — A. bez., zur April-Mai 204% A. Br., 204 A. Bd., zur Mai-Juni 205% A. — Betroleum loco 12,40 A.

Breslau, 6. Febr. Kleesamen ohne Rendierung, rother, seine Qualitäten behauptet, 50 Kilogr.
32—42—47—52 A. weißer unverändert, 40—44—
57—66—70 A. hochsehr über Notiz. Thymothee
rubic, 50 Kilogr. 18—20—23 A.

A. Br., 7. Juni-Juli 208 A. Br., 207% A. Bd., 7% Juli-Aug. — A. bez. — Roggen 1000 Kilo, gel. — Cir. Kündigungspreis — A. loco 134—150 A. nach Dual. rsch. 134—138 A. ab Bahn bez., kein inländ. — A. ab Bahn bez., inländischer 138—147 A. ab Bahn bez., 7% Febr. 143% A. bez., 7% Februar-März 148% A. bezahlt, 7% April-Mai 144—144% A. bezahlt, 7% Mai-Juni 144 A. bezahlt, 7% Juni-Juli 144 A. bez. — Rübst 100 Kilo mit Fab. gefind. 2000 Cir. Kündigungspreis 70 A. loco mit Fab. 71,5 A. loco ohne Fab. 70 A. Febr. 70—69,8 A. bez., 7% Febr.-März 70—69,8 A. bez., 7% Ap.-Mai 70,3 A. bez., 7% Mai-Juni 70,2 A. bez., 7% Juni-Juli 7,7% September-October 66,5 A. — Spiritus 1000 Kilo mit Fab. gefindigt — Liter, Kündigungspreis — A. Febr. 50,7—50,8 A. bez., 7% Febr.-März 50,7—50,8 bez., 7% April-Mai 52—52,4—52,3 A. bez., 7% Mai-Juni 52,1—52,6—52,4 A. bez., 7% Juni-Juli 53—53,5—53,8 A. bez., 7% Juli-August 54,2—54,5—54,3 A. bez., 7% Aug.-Septbr. 54,8—55—54,9 A. bez., 7% Sept.-Oct. — A. bez., loco o. Fab. 51,1—51,8 A. bez., 7% Petroleum 180 Kilo mit Fab. gel. — Cir. Kündigungspreis — A. loco 25,6 A. bez., 7% Februar 25,3—25 A. bez., 7% Febr.-März 25,1—24,9 A. bez., 7% Juni-Juli 20,20 A. bez.

Schiffa-Dienst.
Neufahrwasser, 6. Februar Wind NW
Angekommen: Salisbury (SD), Smith, Pillan,
leer. Aligar (SD), Spill, Hull, leer.
Gefegelt: Diter (SD), Spuring, Burghead.
Getreide.
Retournirt: Vertha, Düwabl.
7. Februar. Wind NW.
Richts in Sicht.
Thorn, 6. Februar. Wasserstand 2 Fuß 11 3.
Wind: W. Better: trübe, Thawetter.
Der Eisstand auf der Weichsel ist unverändert.

Berliner Börsenbericht vom 6. Februar 1878

Die Haltung der Börse war heute eine durchaus feste, und diese Tendenz trat besonders zu Anfang des Geschäftsjahrs zweifellos in den Vordergrund. Im Allgemeinen blieben die geschäftlichen Transactionen aber unabwendbar, nur in einigen einheimischen Eisenbahnen trugen eine feste Physiognomie, betheiligt sich aber nur sehr wenig am Verkehr. In den localen Speculationspapieren erfuhren von den internationalen Speculationspapieren erstaunliche Erfolge. Creditactien in Folge überwiegenden Angebots

einen mäßigen Rückgang. Gegen Schluss der Börse schlug die Coursesbewegung wieder steigende Richtung ein. Franzosen behaupteten sich gut. Lombarden waren dagegen ganz vernachlässigt. Die Österreich. Nebenbahnen trugen eine feste Physiognomie, betheiligt sich aber nur sehr wenig am Verkehr. In den localen Speculationseffecten fanden etwas regere Umsätze bei steigender Coursesbewegung statt. Disconto-Commandit

gingen mit einer Advance aus dem Verkehr hervor, auch stellten Louraactien ihre gestrige Coursessteigerung fort. Festigkeit bei großer Stille war auch die Signatur der auswärtigen Staatsanleihen, die sämtlich kleinere Courseserhöhungen aufzuweisen haben. Russische Wertpapiere behaupteten sich gut und blieben auch nicht ganz unbeliebt. Preußische und andere deutsche Staatspapiere erfreuten sich großer Festigkeit, verhielten sich aber sehr still.

Eisenbahnprioritäten recht fest und nicht unbeliebt. Auf dem Eisenbahnprioritätenmarkt stand in den schweren Papieren ein recht angenehmes Geschäft statt, die rhein.-westl. Speculationsdevisen zogen etwas an. Leichte Actien zeigten sich zwar ruhiger, begegneten immerhin aber einiger Kauflust. Industriepapiere blieben meist vernachlässigt. Montanwerthe meist fest und beliebt.

* Binnen vom Staate erlaubt.

Deutsche Fonds.		Hypotheken-Pfandbr.		Dib. 1876		Dib. 1876		Dib. 1876		Beric. - Command.		Dib. 1876		Berg. u. Hüttens-Gefäll.	
Consolidirte Uni	41 105	Unt. Pfd. pr. & Br.	5 94,80	Berlin-Hamburg	169 11	Zürcher	115 9 1/2	do. do. Elbethal	5 66,40	Beric. - Command.	119,50	4	Dortm. Union Pfd.	7,90	0
St. Staat.-Knl.	4 95,90	Bad. Ged. Hyp.-Pfd.	5 101,75	do. Stieg. 6. Knl.	5 83	Berlin-Norddeich	19,75 0	+ Ungar. Nordostb.	5 58,70	Int. Handelsges.	—	0	Königl. u. Kurier.	78,10	2
Staats-Geldbr.	3 93	Cent. Bd. Cr. Pfd.	5 101,25	do. Präm. N. 1864	5 165	Berl.-Pfd.-Magd.	79,25 8 1/2	do. St.-Pr.	5 56,70	Königl. Bd. Ver. B.	84,50	5 1/2	Görlitz, Bin.	16,40	—
Präm.-N. 1855	3 137,25	do. do.	5 106,75	do. von 1866	5 164	Berlin-Stettin	102,25 8 10	Weimar-Gera Ganz.	5 75,90	Meining. Credit.	73,40	2	Stolberg, Bin.	75,60	—
Deutsche Reichs-U.	4 95,80	Röndb.	4 100	Rönd. Central do.	5 —	Rönd.-Minden	90,50 5 1/2	do. St.-Pr.	5 88,50	Norddeutsche Bank	137,25	8	Victoria-Hütte	7,75	—
Österr. G.-Pfdbr.	4 95,80	Danz. Hyp.-Pfdbr.	5 107,80	Rönd. Vol. Schkol.	4 79,80	Cr. St.-Kempen	—	Wrest-Grajewo	5 87,80	Pr. Boden-Cred.	96,40	8	Wesel-Gron. v. 6. Febr.	—	—
Oppenhi. Röndb.	3 83,60	Goth. Präm.-Pfd.	5 67,50	do. St.-Pr.	5 67,50	do. Riga	61	Charl.-Kow. vtl.	5 94	Pr. Gent. Bd. Cr.	117	9 1/2	Amsterdam	3 168,70	168,70
do. bei	4 95,30	Doem. Hyp.-Pfd.	5 107,80	do. Liquidat.-Br.	4 59,80	Ball.-Gran.-Geb.	15	Galiz. Riga	5 98,75	Pr. Eng. Cred.	—	0	do.	2 167,85	167,85
do. do.	4 102,10	II. u. IV. Em. rtg. 110	5 92	do. St.-Pr.	4 36,50	Sothardbahn	48,75 6	+ Kronpr. Riga	5 87,60	Pr. Eng. Bd. -Anl.	1,50	2	Londres	3 20,37	20,37
Zomm. Pfandbr.	3 83,50	III. Em. rtg. 100	5 85,25	do. do. v. 1881	5 101,60	Hannover-Kleineb.	12,60 8	Württ.-Limburg	5 88,90	Pr. Ritter-Bd. B.	52,25	0	Chaffaus. Bd.	3 20,315	20,315
do. do.	4 95,10	do. Rat. Hyp.	5 92,40	do. Gold-A.	5 107,40	do. Oester.-Franz. St.	26	+ Riga	5 95,90	Görl. Banverein	79,75	5	Paris	3 81,10	81,10
do. do.	4 102	do. Gold-A.	5 103,30	do. Gold-A.	5 74,90	do. Nordwestb.	190,50	+ Riga	5 87,60	Görl. Mallerbant	94,50	0	Görl. Bankpl.	3 81,05	81,05
Bohmische neue do.	4 94,60	Deffter. Goldrente	4 64,90	do. Tabaks-Akt.	6 —	Magdeb.-Halberst.	106 8	+ Reichsb. B.	5 84,75	Ber. - St. Quistop.	0,20	0	do.	2 80,80	80,80
Württ. Röndb.	3 83,50	Deffter. Pap.-Rente	4 55,60	do. Tabaks-Obl.	6 102,50	B.	69 3 1/2	Rumäni.	5 24,60	Actien d. Colonie	622,25	5 5	Wien	3 171,20	171,20
do. do.	4 95,60	Deffter. Pap.-Rente	4 55,60	do. Silber-Rente	4 57,90	do. 0	97,40 5	do. St.-Pr.	5 72,25	do. Feuer-B.	837,0	96	do.	2 170,15	170,15
do. da.	4 101,25	do. Silber-Rente	4 57,90	do. Sotheb.	4 100,40	do. 0	84 5	+ Russ. Städts.	5 117,50	Bauverein-Börsage	16,50	1	Petersburg	2 222,20	222,20
do. II. Ger.	5 104	do. Sotheb.	4 100,40	do. Gold.-A.	4 71,10	do. 0	96	Gödöll. Bors.	5 7,30	Berl. Com. (See.)	75	2%	do.	2 221,80	221,80
do. do.	4 108,75	do. Sotheb. v. 1860	5 108,75	do. Rönd.-Unleih.	5 96	Rieder.-Märk.	97 4	do. Wiss.	5 18,25	Berl. Central-B.	17,50	0	Wienhausen	3 5 222,60	222,60
do. do.	4 108,75	do. Sotheb. v. 1864	5 263	do. Sotheb. v. 1864	5 9,10	Röndauen-Erfurt	19,75 4	do. Wiss.	5 163	Bresl. Disconto.	62,50	4	Sorten.	—	9,60
do. do.	4 93	Ungar. Eisenb.-Un.	5 72,10	do. Gold-Rente	6 79,75	St.-Pr.	89 1 1/2	Centralb. f. Bauten	5 4,90	do. Reichs-Cont.	68,25	0	Guvernement	—	—
do. do.	4 101	do. Gold-Rente	6 154,25	do. Gold-Rente	6 88,50	Oberh. A. u. O.	123,25 9 1/2	do. 1. J. Bd. u. Qnd.	5 69,80	do. Omnibus.	93,50	0	20-Francs-Gr.	—	16,22
Bohm. Rentent.	4 95,50	do. do. Unl. 1859	5 88,50	do. do. Unl. 1859	5 88,50	do. 1. J. Bd. u. Qnd.	85 5	do. 1. J. Bd. u. Qnd.	5 27	do. 1. J. Bd. u. Qnd.	5 27	0	Imperial. v. 500 Gr.	—	4,185
Bohmische do.	4 95,50	do. do. Unl. 1859	5 88,50	do. do. Unl. 1859	5 88,50	do. 1. J. Bd. u. Qnd.	85 5	do. 1. J. Bd. u. Qnd.	5 27	do. 1. J. Bd. u. Qnd.	5 27	0	Guvernement	—	—
Preußische do.	4 95,50	do. do. Unl. 1859	5 88,50	do. do. Unl. 1859	5 88,50	do. 1. J. Bd. u. Qnd.	85 5	do. 1. J. Bd. u. Qnd.	5 27	do. 1. J. Bd. u. Qnd.	5 27	0	Guvernement	—	—
Bad. Pr.-N. 1867	4 121,70	do. do. Unl. 1862	5 84,70	do. do. Unl. 1862	5 84,70	do. 1. J. Bd. u. Qnd.	85 5	do. 1. J. Bd. u. Qnd.	5 27	do. 1. J. Bd. u. Qnd.	5 27	0	Guvernement	—	—
Bayer. Pr.-N. I.	4 123	do. do. von 1870	5 89,60	do. do. von 1870	5 89,60	do. 1. J. Bd. u. Qnd.	85 5	do. 1. J. Bd. u. Qnd.	5 27	do. 1. J. Bd. u. Qnd.	5 27	0	Guvernement	—	—
Braunsch. Pr.-I.	— 81,50	do. do. von 1871	5 85,60	do. do. von 1871	5 85,60	do. 1. J. Bd. u. Qnd.	85 5	do. 1. J. Bd. u. Qnd.	5 27	do. 1. J. Bd. u. Qnd.	5 27	0	Guvernement	—	—
Sächs.-Bd. B.	3 110,60	do. do. von 1872	5 85,60	do. do. von 1872	5 85,60	do. 1. J. Bd. u. Qnd.	85 5	do. 1. J. Bd. u. Qnd.	5 27	do. 1. J. Bd. u. Qnd.	5 27	0	Guvernement	—	—
Würtb.-Bd. B.	3 173,50	do. do. von 1872	5 86,25	do. do. von 1872	5 86,25	do. 1. J. Bd. u. Qnd.	85 5	do. 1. J. Bd. u. Qnd.	5 27	do. 1. J. Bd. u. Qnd.	5 27	0	Guvernement	—	—
Würtb.-Bd. B.	3 170,80	do. do. 1875	4 78,25	do. do. 1875	5 81,90	do. 1. J. Bd. u. Qnd.	85 5	do. 1. J. Bd. u. Qnd.	5 27	do. 1. J. Bd. u. Qnd.	5 27	0	Guvernement	—	—
Q. Regensburg. Regist.	8 187,50	do. do. 1877	5 85,75	do. do. 1877	5 85,75	do. 1. J. Bd. u. Qnd.	85 5	do. 1. J. Bd. u. Qnd.	5 27	do. 1. J. Bd. u. Qnd.	5 27	0	Guvernement	—	—

Berantwortlicher Redakteur H. Rödner.
Druck und Verlag von A. W. Raesmann in Danzig.